

Neuflücke Freiheit

Einzige unabhängige Tageszeitung Deutschlands

Nummer — 1. Jahrgang Saarbrücken . Donnerstag, den 22. Juni 1933 Chefredakteur: M. Braun

Glückauf!

Unser erster Tag war ein Erfolg. Glückwünsche gehen uns zu. Auch Beschimpfungen. Wir danken allen. Die Anerkennung erhebt uns. Die Kritik lehrt uns. Den Einsendern wertvollen Materials besonderen Dank. Freie Deutsche sammelt euch um unsere Sturmflagge! Vorwärts und nachstoßen! Freiheit!

Von Abraham zu Adolf?

Die jüdische Familie Hitler

Stammbaum polnischer Hitler-Juden bis zum Jahre 1681 — Abraham-Friedemann Hitler und die Seinen — Die katholische Taufe und die Auswanderung nach Oesterreich — Urkunden und Originalpatente

Vor einiger Zeit hieß es, die NSDAP. wolle die Familiengeschichte der Hitlers erforschen. Auf- fälligerweise ist es aber um den Stammbaum des rassistischen Führers verächtlich still geworden. Inzwi- schen hörte man, daß ein polnischer Jude Moses Hiller den Antrag auf Namensänderung gestellt hat, weil es ihm zu peinlich war, einen Namensvetter als deutschen Reichskanzler und Füh- rer des deutschen Judenboikotts zu haben. Wir glaubten uns um die Geschichte der Familie Hitler ein Verdienst zu erwerben, wenn wir die von den Nationalsozialisten unterbrochene Forschung fortsetzen. Nachstehend unterbreiten wir unsere vorläufigen Ergebnisse der Öffentlichkeit. Unser Gewährsmann ist der Urgroßvater des Salomon Reisman, der Geschäftsteilhaber des Abraham Hiller war. Die Hillersche Familiengeschichte zeigt, daß kommerzielle Fä- higkeiten sich durch Generationen forterbten. Wir finden hervorragende kaufmännische Tugenden auch bei dem jetzigen Herrn Reichskanzler. Er handelt zwar nicht, wie die früheren Hitlers, in Schafwolle, aber er ist auf sozusagen geistigen Gebieten ein Großverdiener ersten Ranges. Wir er- innern uns in der Geschichte keines Falles, daß jemand durch politische Reden und Schriften auch nur einen kleinen Teil der Summen erworben hätte, die Herrn Adolf Hitler zugeflossen sind und jetzt erst recht in enormen Ausmaßen zufließen.

* Die alte jüdische Familie Hiller stammt aus dem Orte Polna an der böhmisch-mährischen Grenze.

Diese jüdische Familie wohnte laut den Aufzeichnungen der Stadt schon im Jahre 1681 in Polna. Der ursprüngliche Name der Familie war Friesch. Am 20. Juli 1781 nahm laut einem noch vorhandenen Patent der Abraham Friesch den Namen Friedemann Hiller an. Die Familie Abraham Friesch-Hiller zählt in der jüdischen Matrif damals 16 Mit- glieder. Abraham Hiller war der bedeutendste Kaufmann des Ortes und führte ein Wollgeschäft zusammen mit seinem jüdischen Mitbürger Salomon Reisman. Es liegen ver- schiedene Kaufverträge der beiden Teilhaber vor. Aus den Geschäftsdokumenten geben wir einen Beleg in Abschrift wieder:

Polna, 1817, 5. Januar.

Drauto 4. Monate zahle ich gegen diesen meinen So- lowechsel den Betrag von 2100 fl. an Order Salomon Reisman, Saluta habe ich in reiner Schafwolle er- halten und unterwerfe mich dem Handels- und Wers- lantilgerichte.

Abraham Hiller,
drei Striche für Terzie Hiller,
S. Nathansky, Zeuge.

Die Schreibweise des Namens ist übrigens, wie schon in der nationalsozialistischen Presse festgestellt worden ist, manch- mal auch Hittler und Hüttler. Das gilt, wie wir hervor- heben, für die jüdischen Familien.

Der Sohn Leopold des Abraham Hiller verzog nach Wien und ließ sich taufen. Er nahm in der Taufe den Namen Jagan an. Das von der Stadt Polna beglaubigte und vom Bürgermeister unterschriebene Dokument über die Auswanderung Leopold Hillers, geboren 28. März 1816, nach Wien und seine Taufe ist in beglaubigter Abschrift an die Jewish Agency nach London gegangen.

Die jüdische Kultusgemeinde in Polna stellt folgenden Auszug über Mitglieder der Familie Hiller im Anfang des vorigen Jahrhunderts zur Verfügung:

Michael Hiller, geb. 19. Jänner 1800, als Sohn des Friede- mann und der Barbara,
Esther Hiller, geb. 12. März 1804, als Tochter Friedemann Hillers,

Berg Hiller, geb. 29. November 1806, als Sohn Friede- mann Hillers,

Karl Hiller, geb. 18. September 1812, als Sohn Abrahams und Rachel Hillers

Julle Hiller, geb. 19. März 1814, als Tochter Abrahams und Rachel Hillers,

Leopold Hiller, geb. 28. März 1814, als Sohn Abraham und Rachel Hillers (das ist der getaufte Hiller),

Franzl Hiller, geb. 29. April 1819, als Sohn Abraham und Rachel Hillers,

Wilhelm Hiller, geb. 16. April 1821, als Sohn Abraham und Rachel Hillers,

Alara Hiller, geb. 11. Oktober 1821, als Tochter Jakob und Elisabeth Hillers,

Amalie Hiller, geb. 21. Juli 1827, als Tochter Abraham und Rachel Hillers.

Die Aufzeichnungen der Gemeinde Polna ergeben, daß die jüdische Familie noch bis zum Jahre 1844 in Polna an- läßig war, dann aber nach Oesterreich auswanderte. Man weiß, daß auch Adolf Hitler aus Oesterreich stammt und jagt, daß seine Familie seit Generationen in Oesterreich lebt.

Wußte Hitler von den jüdischen Hillers etwas? Viel- leicht macht er denselben Einwand wie der rassistische Arier Däferberg, dem nichts davon bekannt geworden war, daß noch sein Großvater das Ehrenamt eines Vorstehers der jüdischen Gemeinde bekleidete.

Die Heimat der Hillers, das Städtchen Polna, mit einer einst großen Judengemeinde, hat schon einmal Weltberühm- theit erlangt. Dort wurde einem Juden Hilsner ein Ritualmord angebildet. Der jetzige Präsident der tschecho- slowakischen Republik, Masaryk, damals Universitäts- professor, machte die Vorwürfe gegen Hilsner zunichte.

Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß dieses Ritualmord- Polna sich nun als die Heimat der jüdischen Familie Hiller erweist, deren Namen der derzeitige antisemitische Reichs- kanzler Deutschlands trägt!

Deutscher Hungerbrief

„Ihr macht euch gar keinen Begriff“

....., den 10. Juni 1933.

Meine Lieben!

In der Erwartung, daß Euch diese Zeilen gesund und munter antreffen, teilen wir Euch mit, daß wir auch noch soweit wohl sind; aber die wirtschaftliche Lage wird von Tag zu Tag tiefer. Fast täglich ändern sich die Lebensmittelpreise und gerade die Artikel, die in den Arbeiterhaushaltungen am notwendigsten gebraucht werden. Ich will nur einige an- führen: Kaffee ist um 110 Prozent teurer, Schmalz um 100 Prozent, Salatöl 75 Prozent; bei der Margarine macht die Steigerung 100 Prozent aus, bei Brot 15 Prozent, Butter 30 Prozent, Käse 25 Prozent und so fort. Ein großer Teil der Arbeiterschaft muß Hunger leiden. Ab Montag bekommen die Ledigen auch die bisher gezahlten paar Mark Krisen- und Wohlfahrtsunterstützung nicht mehr. So macht man; man steuert die Erwerbslosen aus, dann gibt es keine Arbeitslosen mehr. Eine Menge hat weder Schuhe noch Strümpfe zum Anziehen, an Neuanschaffung von Kleidungs- stücken ist gar nicht zu denken. Ihr macht Euch gar keinen Begriff, wie man hier rechnen muß, um das Allernötigste zum Leben beschaffen zu können... Wenn ich mich abends zu Bett lege, wünsche ich mir immer, am nächsten Morgen nicht mehr wach werden zu müssen, damit ich dieses Elend nicht mehr sehe.

Es grüßt Euch herzlich Eure Mutter und Vater.

Der 53jährige Landrat des Kreises Belgard in Pomo- mern Dr. Braun hat sich nach einer Konferenz mit dem Re- gierungspräsidenten erschossen.

Der Oberbürgermeister von Witten hat in seinem Bade- zimmer Selbstmord begangen. Der Stadthauskassier hat 7 Mil- lionen Mark Fehlbetrag. Der Oberbürgermeister sah keinen Ausweg mehr.

wir: Die Schuld an den furchtbaren Verbrechen, die in Deutschland in den letzten Monaten verübt worden sind, und an den neuen, die vorbereitet werden, tragen nicht wir, sondern die augenblicklichen Machthaber. Wenn Hitler und die Seinen jetzt für das, was wir tun, Blase nehmen wollen an Menschen, die es nicht getan haben, so fehlt uns leider augenblicklich die Macht, sie daran zu hindern. Wir können nur erklären, daß sie durch ein solches Handeln außerhalb der Menschheit stellen und sich für späteren Zeiten des Rechtes begeben, als Menschen behandelt zu werden. Wollen sie also den Weg der Bestialität zu Ende gehen, so kann noch die Stunde kommen, in der sie das bitter bereuen werden.

„Herr Göbbels“, sagt unser Vertreter, „hat sie auch be- schuldigt. Sie wollten von Prag aus das Deutsche Reich in internationale Schwierigkeiten stürzen. Wie sieht es mit dieser Behauptung?“

Stamper erwiderte: „Ich kann nur sagen, daß das eine Behauptung eben von Göbbels ist. Herr Göbbels ist nicht dum genug, um zu wissen, wer es war, der das Reich in internationale Schwierigkeiten stürzte. Vor ein paar Monaten noch hätte kein Mensch für möglich gehalten, was jetzt geschehen ist, daß nämlich eine deutsche Regierung es fertigbringen könnte, einen Kon- flikt mit dem kleinen Deutschösterreich vom Saun zu brechen und dabei die ganze Welt einsch. Italiens gegen sich zu vereinigen. Vor dem mächtigen Frankreich kriecht die Hitler- regierung, dem kleinen Deutschösterreich zeigt sie die Faust. Solange wir Einfluss auf die Außenpolitik hatten, konnte sich Deutschland aus dem Ab- grund der Niederlage, in den es der Nationalsozialismus gehärt hat, allmählich wieder erheben und überall in der Welt Freunde gewinnen. Seit Hitler und Göbbels am Ruder sind, wird Deutschland in der ganzen Welt wie ein Ausfänger behandelt.“

„Rein“, so schloß Stamper, „nicht wir stürzen das Reich in internationale Schwierigkeiten, wir wollen es aus den internationalen Schwierigkeiten befreien, in die es durch die maßlose Unfähigkeit der Hitlerregierung geraten ist. Wir glauben auch nicht, daß ein Kulturvolk wie das deutsche die Schande der gegenwärtigen Zustände auf die Dauer er- tragen kann. Das deutsche Volk wird seine Ehre und seine Freiheit wieder herstellen durch den Sturz des jetzigen Regimes, und wir wollen ihm dabei helfen.“

Die Aufgabe aller!

Göbbels neue Droh- und Vernichtungsrede Stampfers Antwort

Unser Prager Vertreter hatte Gelegenheit, den bis- herigen Chefredakteur des „Vorwärts“ und Leiter des „Neuen Vorwärts“ in Karlsbad, den Abgeordneten Stamper, nach seiner Meinung über die Hamburger Rede von Göbbels zu befragen. Stamper erwiderte:

„Die Rede, die Göbbels in Hamburg gehalten hat, wundert keinen, der diesen Mann kennt. Der Propaganda- minister des Dritten Reiches propagiert Moral und Methoden jener chinesischen Räuber- banden, die ihre Opfer ins Gebirge verschleppen, um

an den Angehörigen Erpressungen zu verüben. Er wird aber damit kein Glück haben.

Wir, die wir jetzt in Prag sind, waren bis vor ganz kurzem noch in Berlin und haben alle Scheuslichkeiten der nationalsozialistischen Verbrecherwirtschaft aus allerhöchster Nähe miterlebt. Wir haben Deutschland verlassen, nicht um uns in Sicherheit zu bringen und der Ruhe zu pflegen, sondern um den Kampf aufzunehmen. Daran wird uns kein Göbbels hindern.

Man sagt uns nun, daß wir durch unser Handeln unsere Freunde im Inland gefährden. Darauf antworten

Klara Zetkins Tod

Die „Großmutter“ der Revolution ist gestorben

Moskau, 20. Juni. Die deutsche Kommunistin Klara Zetkin ist heute nachmittag im Alter von 78 Jahren im Erholungsheim Archangelstoj in der Nähe von Moskau gestorben. Sie lebte mit kurzer Unterbrechung seit Juni 1882 in diesem Heim.

Klara Zetkin war nicht immer „Großmutter“. Sie war eine junge stürmische Kämpferin, als sie vor langen Jahrzehnten der Sozialdemokratie beitrug. Nicht als eine Proletarierin, sondern als eine aus dem Bürgertum stammende intellektuelle Idealistin. Sie hat unermüdet in den Reihen der Sozialdemokratie gewirkt, zumal als Redakteurin der Frauenzeitschrift „Die Gleichheit“. Im Kriege trennte sie sich von der Sozialdemokratie. Sie wurde Spartakistin und dann Kommunistin. Die letzten Jahre verlebte sie in Sowjet-Russland, wo sie als „Großmutter“ der Revolution geehrt und geliebt wurde. In den Deutschen Reichstag, dem sie noch immer angehörte, kam sie nur noch selten zurück. So zu jener Sitzung, die sie qualvoll als Alterspräsidentin leitete, schon gezeichnet von den Schatten des Alterstodes.

Klara Zetkin hat uns leidenschaftlich bekämpft. Auch in ihren heftigsten Anklagereden war aber noch immer die hohe geistige Kultur der Sozialistin zu spüren. Wir gedenken des Kämpferlebens, das nun ausgestritten hat, in Ehrfurcht.

Wilhelm II. über Wilhelm III.

Ein Schwätzer lobt den anderen

London, 19. Juni.

Der „Evening Standard“ veröffentlicht einen Aufsatz Bradley Birto über einen Besuch in Doorn, in dem es unter anderem heißt, der frühere deutsche Kaiser habe erklärt:

Herr Hitler hat getan, was kein anderer zu tun in der Lage war. Er hat die gesamte deutsche Nation mit einem gemeinsamen Geist befestigt. Er hat eine Welle des Nationalgefühls durch ganz Deutschland gesendet, wie es sie in seiner ganzen Geschichte nie erlebt hat.

Was weiß Wilhelm und was weiß Adolf vom Nationalgefühl der deutschen Arbeiter? Der eine wie der andere hält Paraden und das Niedertreten der Gegner für eine geeinte Nation. Wirkliches Nationalgefühl kann nur aus einem freien Volke erwachsen. Erst die kommende sozialistische Revolution wird die wahre deutsche Nation schaffen.

Inzwischen geben wir ruhig zu, daß Adolf Hitler als Wilhelm III.-Ersatz, seinen Vorgänger an rednerischer Massenproduktion erheblich übertrifft.

Naziolischer Gruß an uns!

Der „Dortmunder Generalanzeiger“ bittet uns höflichst

Unser Verlag hat einer Reihe von deutschen Zeitungen das Erscheinen der „Deutschen Freiheit“ mitgeteilt. Daraufhin schreibt uns die Redaktion des „Dortmunder Generalanzeigers“:

Als sozialistisches Organ, das seinen Hauptzweck darin sieht, die endlich eroberten freien Staatsbürgerrechte gegen jüdisch-revolutionäre Machenschaften zu verteidigen, möchten wir Sie höflichst bitten, von der Zulassung Ihrer landesverräterischen Zeitschrift abzusehen.

Wir möchten den „Dortmunder Generalanzeiger“ höflichst bitten, uns nur ein einziges von den Nazis erobertes freies Staatsbürgerrecht zu nennen. Etwa das Verbot aller andersgerichteten Zeitungen, Zeitschriften und Bücher? Die Entmündigung von vielen Millionen Deutschen?

Und Euer „Sozialismus“? Er besteht in dem Raub der Arbeitergehälter, in der Verteuerung der Lebensmittel für die Armen und in der Schonung des heiligen Privateigentums der Großgrundbesitzer, der Schwerindustriellen und der Bank- und Börsenfürsten.

Emigranten in Paris

Französische Gastfreundschaft für die Opfer faschistischer Willkür — Nur geringe Arbeitsmöglichkeit — Sozialistischer Zukunftsglaube

Paris, den 20. Juni.

Daß die geistige und wirtschaftliche Metropole des westlichen Europa auch einen beträchtlichen Teil der deutschen politischen Flüchtlinge anziehen würde, das war vorauszuweisen. Insbesondere intellektuelle und Geschäftsleute, die der französischen Sprache mächtig, in dieser Weltstadt am ehesten Anknüpfungspunkte zu neuer Beschäftigung zu finden hofften, kamen hier zusammen; aber auch Arbeiter und Angehörige, die in der Vielgestaltigkeit des großstädtischen Arbeitsmarktes am leichtesten unterzukommen hofften, trafen in größerer Zahl ein.

Von den vielen, die so ihr Glück versuchten, haben es wenige ganz erreicht. Der französische Arbeitsmarkt ist überlastet; selbst Franzosen, die mit den Verhältnissen gut vertraut sind, fällt es oft sehr schwer, Beschäftigung zu finden. Wieviel schwieriger ist es für Zugewanderte, gegen die sich die Bestimmungen zum Schutze des eigenen Arbeitsmarktes richten, die auch dann noch wirken, wenn man sie gegenüber den politischen Flüchtlingen weitherzig auslegt. Es kommt hinzu, daß Ausländer, die oft mit der Sprache gar nicht oder nur unzureichend vertraut sind, sich nur schwer an die ganz anders geartete Arbeitsvermittlung gewöhnen. Wie mancher, der in Deutschland stempeln gehen mußte und hier auch nicht gleich Arbeit fand, läßt Kritik an der viel primitiveren Organisation, die in Frankreich nun einmal allgemein die Regel ist und vergaß dabei, daß ihn die deutsche gründliche Dramatik weber vor Arbeitslosigkeit noch vor jener politischen Freiheitserei gerettet hat, die aus dem Elend der Massen das schmutzigste politische Geschäft gemacht hat, vor dem Faschismus.

Freiheit und Hilfsbereitschaft.

Doch allen, die sich in die Mauern dieser schönen Stadt wählten, wird durch die täglichen Nachrichten aus Deutschland ins Bewußtsein zurückgerufen, was sie hinter sich ließen: jene Willkür und Sklaverei, die das neue Deutschland zum Gegenstand des Abscheues und der Verachtung in der Welt der Geistigen gemacht haben. Mancher von uns

Standrecht für Oesterreich?

Die Bundesregierung in vollem Angriff auf die Nationalsozialisten / Die Maßnahmen der reichsdeutschen Nazi-Regierung werden als Vorbild benutzt, Verbote Einstweilen verkriechen sich die Nazis

Wien, 21. Juni (Eig. Bericht).

Das Verbot der NSDAP wird in der gesamten Wiener Presse mit Zustimmung aufgenommen. Das christlich-sozialistische Regierungsblatt „Reichspost“ stellt fest, daß alle Anschläge nachgewiesene Schandtat der Nazis sind, die mit beachtlichen Vermögensverlusten um sich werfen. In Oesterreich sei der Nationalsozialismus nur noch eine kriminelle Angelegenheit. (Andererseits auch! Die Red.) Die „Neue Freie Presse“ erklärt, daß das Ausland hoffentlich begrüße, wie sehr Oesterreich in dieser Situation nicht nur sympathischer Worte, sondern auch aktiver Handlungen bedürfe! Das „Neue Wiener Journal“ erhebt noch einmal die Forderung nach voller staatlicher Unabhängigkeit Oesterreichs. Die „Wiener Arbeiterzeitung“ bringt schließlich sehr gut fundierte und die Nazi-Bewegung in Oesterreich erledigende Darstellungen der toten Kriminalität dieser Partei.

Im Verlaufe der Nacht wurden in Krems 20 weitere Verhaftungen von Angehörigen der NSDAP. vorgenommen.

Wien, 21. Juni. Die Deutsch-Oesterreichische Tageszeitung, das Hauptblatt der NSDAP, ist verboten worden. Der in Gang befindliche Druck der Morgennummer wurde von Kriminalbeamten angehalten. Dem verantwortlichen Schriftleiter wurde aufgetragen, sich zur Verfügung der Polizei zu halten.

Noch in der Nacht wurde die gesamte Bezirksparteileitung der NSDAP. in ihren Wohnungen verhaftet und heute früh in Militärkraftwagen nach Wien gebracht in das Landgericht. Unter den Verhafteten befindet sich ein aktiver Oberleutnant der Garnison Krems, Brandner, und der Chefredakteur der „Landeszeitung“ in Krems, Dr. Haber. Inhaftiert wurden 18 führende Personen der NSDAP. in Krems verhaftet.

Hängen - schnell nachgeholt!

In Herne in Westfalen wurde in diesen Tagen wieder eine große Verbrennung von Büchern durchgeführt. Ein Hitler-Jüngling leitete seinen Spruch ein mit folgenden Sätzen:

„Dem Feuer und der Vernichtung solle alles anheimfallen, was als kümmerlicher Rest 14jähriger Marxischen Herrschaft übrig geblieben sei. Zur Asche zerfallen sollen deshalb die Schriften und Bücher eines Karl Marx, Höpfer, Dittmer, Tucholski, eines Herr und Heinrich Mann, eines Remarque und Magnus Hirschfeld. Ausgelöscht solle sein die Bahndee des Klassenkampfes . . .“

Dann aber sprach der neue Oberbürgermeister von Bochum, Pg. Meister. Aus seiner kernigen Ansprache sind diese Sätze von besonderer Bedeutung:

„In Berlin hat man jüngst von 250 deutschnationalen Kampfbüchern, die dem greifen Reichspräsidenten eine Ovation darbrachten, 170 verhaftet, die früher marxistische Schwerverbrecher gewesen waren. In den übrigen reaktionären Truppen steht genau so aus. Ihr alten Kämpfer, die Ihr zehn Jahre lang mit mir gekämpft habt, denkt daran, daß der Kampf noch nicht beendet ist.“

Wir haben die Revolution gemacht, wir führen sie auch zu Ende. Deutschland, das schwören wir, wird und muß nationalsozialistisch bleiben!

Wir haben nicht gekämpft, um halbe Arbeit zu machen. Wenn sich heute in Herne schon wieder die Marxisten erheben und Plakate aufleben, so seid auf der Hut. Wir waren noch viel zu loyal. Wir haben zu wenige oder gar keine aufgehängt. Aber das merkt Euch: Das Aufhängen können wir schnell nachholen. Wir haben gewußt, daß unser Kampf gerecht war. Denn Gott hat ihn gesegnet.“

Ist durch diese Strafen in einer glücklicheren Zeit gegangen, und er hat wohl damals Verleihe gesucht zwischen der weltlichen und der deutschen Demokratie; damals hat er wohl darüber gelächelt, als die Franzosen immer wieder besorgt versicherten, daß sie dem deutschen Friedens- und Freiheitswillen nicht recht vertrauten. Jetzt . . . doch reden wir nicht von den Dingen, die uns immer wieder so schmerzvoll auf der Seele liegen. Dennoch wird wohl niemand von uns den verhaltenen, manchmal sogar lauten Jubel vergessen, mit dem manche der Verhafteten, materieller Rat zum Trost, die Freiheit begrüßten, die ihnen hier wurde. Und die Devise der Revolution von 1789, die als Wappenspruch an allen öffentlichen Bauten prangt, das stolze: „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ — es wurde vielen von uns zum bezaubernden Erlebnis.

Man sieht auch hier braune Uniformen — aber es sind nur die der Kolonialsoldaten, die dem Staate untertan sind. Nur steht hier auf den Straßen Angehörige aller Rassen, ohne Scheu die Kleidung oder wenigstens den Schmutz ihrer Heimat zur Schau tragen — aber niemand wohl hat erlebt, daß das schmutzige Aneinanderweh die Behandlung erfuhr, die in Deutschland jeder Schandfleck sich einem Menschen anderer politischer Weltanschauung gegenüber sich ungefragt anmaßt. Es ist doch etwas um die Kultur, was wir in Deutschland trotz des reichen Selbstlobes noch nicht gelernt haben.

Dieses Erlebnis der Freiheit wird uns täglich zuteil, und es hilft vielen über Sorgen und über Mißerfolge hinweg. Ein Hebräer tut das Erlebnis der Hilfsbereitschaft in diesem Lande, das uns einst auf allerhöchsten Befehl Heidenland war.

Die Organisation der Hilfe

Ohne Vorbehalt muß anerkannt werden, daß in Frankreich, wo die staatliche Organisation der sozialen Hilfe noch Renard ist, die private Hilfsleistung Erbauliches geleistet und vielen in der Zeit größter Bedrängnis der einzige Rückhalt gewesen ist. Ohne Unterschied der Weltanschauung haben die verschiedenen Komitees, vor allem die Liga für Menschenrechte und das jüdische Hilfskomitee Bestand geleistet, wo sie konnten. Die Quäker haben u. a. Sprachkurse eingerichtet, die in Form einer abendlichen Unterhaltung bei Tee und Kaffee den Sprachunterschied des Einlebens und Fortkommens in der neuen Heimat erleichtern sollen. Vieles haben auch Privatleute Flüchtlinge aufgenommen. So wurden sie uns Freund und richteten unseren Glauben an

Berlin, 20. Juni. Der Fußball-Länderkampf Deutschland gegen Oesterreich, der am 25. Juni d. J. in Frankfurt a. M. stattfinden sollte, ist vom österreichischen Fußballverband abgelehnt worden. Begründet wird die Maßnahme mit der gespannten politischen Lage.

Jede Versammlungstätigkeit der NSDAP. ruft vollkommen. Auch Vorträge, Konzerte usw. werden nicht gestattet. Die Sonnenwendfeiern wurden verboten, um Kundgebungen zu verhindern. Überall steht Militär, Polizei und die Hilfspolizei in Alarmbereitschaft. Die Landesregierungen stehen in ständiger Verbindung der Bundesregierung.

Die Schließung der Parteifokale, der Braunen Häuser, SA- und SS-Verkehrstotele, der Gau-, Bezirks- und Landessekretariate, der Büchereien usw. ist schon früher erfolgt. Die Häuser sind polizeilich besetzt. Die Durchsuchungen erstrecken sich jetzt auch auf die Verlags- und Redaktionsgebäude, die bisher frei geblieben sind. Alle Werbemittel wie Flugblätter, Broschüren und dergleichen sind beschlagnahmt worden. Ueber eine Vermögensbeschlagnahme ist noch nichts bekannt. Da die Räume aber versiegelt sind, ist der Partei obnehin die Verfügung über das Vermögen entzogen. Die nationalsozialistischen Zeitungen sind verboten.

Der „Abend“ will wissen, daß geplant sei, das Standrecht für besonders gefährdete Gebiete zu verhängen und ganz besondere Maßnahmen gegen die Störer der Ruhe und Ordnung zu ergreifen. Mit der Verhängung des Standrechtes wäre in einem solchen Falle auch die Wiedereröffnung der Todesstrafe verbunden. Weiter glaubt das Blatt, daß die Ausübung der nationalsozialistischen Mandate unter allen Umständen verhindert werden wird. Die Frage werde in ganz kurzer Zeit eindeutig geregelt werden. Dagegen solle die Betätigung der Großdeutschen nicht verboten werden. Ihre Mandate und ihre Presse blieben von den heute verfügbaren Regierungsmassnahmen unberührt.

Der Name Gottes ist in der Weltgeschichte selten so schonungslos strapaziert worden wie heute. Die Sehnsucht des Pa. Meißner nach dem Hängen nehmen wir zur Kenntnis. Interessanter ist seine Mitteilung, daß die „Marxisten“ schon wieder aktiv sind und den Plakatkampf gegen die braunen Volksbedrucker begonnen haben.

Greuelhetze

Wer die Wahrheit sagt, wird eingesponnen

In Frankfurt a. M. sind zwei Arbeiter unter Anklage gestellt worden, weil sie sich über die schweren Mißhandlungen unterstellten, die im März von SA- und SS-Leuten dem Reichstagsabgeordneten Sollmann und dem Redakteur Efferoth zugefügt worden sind. Obwohl die beiden Angeklagten nur wahrheitsgemäße Berichte weiter gegeben hatten, wurde der eine zu sechs und der andere zu acht Monaten Gefängnis verurteilt. Mehrere ähnliche Anklagen im Reichsgebiet noch.

In Köln erzählten sich in einem Straßenbahnwagen zwei Studenten die tollsten Dinge über die „Korruption“ in der marxistischen Arbeiterbewegung. Ein Schaffner, der dienstlich neben den beiden Schwabronneuren stand, konnte sich nicht enthalten zu sagen: „Meine Herren! Das stimmt aber nicht ganz.“ Der Schaffner, ein Familienvater, wurde freilos entlassen.

Deutschnationalen ergötzt es wie Marxisten

Weddinghausen, 20. Juni. Der Polizeipräsident in Weddinghausen hat heute der deutschnationalen Hetzredaktion, Kreisverband Helfenkirchen, im Interesse der Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung jede weitere Werbungs- und Organisationsstätigkeit untersagt.

das Gute im Menschen, die Voraussetzung des sozialistischen Bekenntnisses, wieder auf.

Allen Organisationen und Gönnern gebührt unser Dank. In besonderem Maße aber gilt er dem sozialistischen Hilfskomitee, das ganz auf die Selbsthilfe und auf die Kameradschaft unserer französischen Gefinnungsfreunde vertraut, die dringendste Hilfeleistung für die politischen Flüchtlinge zu organisieren sucht. Jean Longuet ist der Vorsitzende dieses aus französischen und deutschen Sozialisten bestehenden Komitees. Es sucht die deutschen Freunde, die sich legitimieren konnten — ein echter Steckbrief der Hilfspolizei gilt dabei mehr als der Ehrenfortritt einer Universität mit den bescheidenen Mitteln zu unterstützen, die ihm zur Verfügung stehen, es weiß sie auf billige Quartiere hin, erteilt Auskünfte und hilft über die Zeit der ersten und schlimmsten Not mit kleinen Geldsummen hinweg. Diese Gelder werden von freiwilligen Helfern gesammelt, und die Spender sind dann nicht Menschen, die aus einem reichen Ueberfluß heraus wohlfrätig sind, nein es sind die „militanten“ Genossen, die Leute, an deren Ueberfreude die Bewegung immer wieder appelliert; und mehr als ein Erwerbsloser hat sein Scherlein dazu beigetragen, weil er den geschickten und verbannten Gefinnungsfameraden helfen wollte. Ihnen allen, den unbekanntem Genossen gilt unser besonderer Dank, nicht nur mit dem Wort. Das sozialistische Komitee sucht ihn dadurch zu erstaten, daß es dem geistigen Aufkommen zu fördern trachtet und so dazu beiträgt, daß sich die Emigranten nicht in der Sorge um das eigene Geschick in der Wüste verlieren, sondern zum Kampf für die gemeinsame Sache bereitstehen, wenn die Stunde des neuen Befreiungskampfes ruft. Erwähnt sei noch, daß die Arbeit des Komitees nicht möglich wäre ohne die Gastfreundschaft der italienischen Antifaschisten und Sozialisten, die unserer Organisation Büroräume und Erfahrungen zur Verfügung stellten und so ein schönes Beispiel der Solidarität gaben.

Der Ruf nach Arbeit.

Doch so sehr die Hilfe anerkannt werden soll, notwendiger als jede Unterstützung ist die Beschaffung von Arbeit. Und damit hat es wenig Aussicht. Verhältnismäßig am besten sind kräftige junge Leute daran, von denen mehrere Tausend in der Landwirtschaft Arbeit fanden und, soweit darüber Nachricht vorliegt, froh sind, dem Elend des Bagierens und der nervenzermürenden Unstätigkeit entronnen zu sein. Auch einige Hocharbeiter und einige Sprachgewandte

„Landesverrat!“

Ein Brief Breitscheids

J. J. Die „Deutschen Führerbriefe“, eine der von der Schwereindustrie subventionierte Korrespondenz, die die letzten Jahre hindurch für den Nationalsozialismus Stimmung gemacht und jetzt ganz im Dienst des Hitlerregimes steht, brachten in ihrer Nummer 48 folgende Mitteilung:

„Der sozialdemokratische Abgeordnete Breitscheid agitiert, wie uns von Zeugen aus Paris bestätigt wird, zur Zeit in der französischen Hauptstadt und bei den französischen Sozialisten in besonders gefährlicher Weise gegen das neue Deutschland.“

Genosse Breitscheid hat hierauf an Dr. Reuter, den Herausgeber der „Deutschen Führerbriefe“, das nachstehende Schreiben gerichtet:

A. Juni 1933

Sehr geehrter Herr!

In der Nr. 48 der „Deutschen Führerbriefe“ wird unter Berufung auf Zeugen behauptet, daß ich in Paris in besonders gefährlicher Weise gegen das neue Deutschland agitiere. Ohne mich der Hoffnung hinzugeben, daß Sie eine Richtigstellung vornehmen, stelle ich folgendes fest:

Ich bin in privaten Angelegenheiten etwa 10 Tage in Paris gewesen. Doch ich in meinen Gesprächen mit den Angehörigen verschiedener Parteien aus meiner Gegnerschaft gegen das Hitlerregime keinen Hehl gemacht habe, ist selbstverständlich. Ich habe mich eben nicht „gleichgeschaltet“. Im übrigen habe ich bei jeder Gelegenheit, insbesondere auch vor der Fraktion der französischen Sozialisten den Standpunkt vertreten, daß Frankreich den Weg der internationalen Abrüstung gehen müsse und daß nichts verfehlter wäre, als der Versuch, durch Akte der Gewalt, wie etwa durch eine neue Besetzung, die Regierung Hitler bekämpfen zu wollen. „Grenelnachrichten“ habe ich nicht verbreitet, wohl aber, wo sich die Notwendigkeit ergab, über Tatsachen berichtet, die auch Sie nicht würden bestritten können.

Ich werde ja nicht erfahren, was im einzelnen Ihre famolen Zeugen Ihnen mitgeteilt haben, jedenfalls aber scheint es sich bei diesen Informationen um übelste Spitzelberichte zu handeln. In meiner Opposition gegen das derzeitige Regime werde ich natürlich ebenso fest bleiben, wie Sie es — wenigstens in den letzten Jahren — gegen das demokratisch-parlamentarische System waren. Der Unterschied ist nur der, daß Sie Ihrer Gegnerschaft in Deutschland freimütigen Ausdruck geben konnten, während heute jeder ernsthaften Kritik der Mund verstopft ist.

Ich beneide Sie nicht um das Vorrecht, daß Sie sich erworben haben, da es aber einmal eine Zeit gab, in der Sie Wert darauf legten, auch von sozialdemokratischer Seite unterrichtet zu werden, mache ich diese Feststellungen.

Hochachtungsvoll

(gez.) Dr. Rudolf Breitscheid.*

Reichsstattthalter im Scheiterhaufen

Wer nicht an Hitler glaubt, muß ausgerottet werden — Auch Papen ein elender Hetzer — Die N.S.D.A.P. allein macht selig

„... Ich befehle Ihnen nunmehr,“ so sagte er, „die Intoleranz gegen alles andere. Es darf in Thüringen für die Zukunft nur einen politischen Glauben geben. Das ist der Glaube und die Idee des Nationalsozialismus. Diskussionen über Dinge, die unser Leben und die Existenz des Volkes berühren, darf es nicht mehr geben. Mit dem Stempel des Verräters muß derjenige gebrandmarkt werden, der es wagt, die Wichtigkeit der nationalsozialistischen Weltanschauung in Zweifel zu ziehen.“

Reichsstattthalter Sanderl.

Einer der höchsten Beamten des Reichs, ein Mann im Range des Reichsministers, hat diesen Ruf zur Vernichtung der vielen Millionen nationalsozialistischen Volksgenossen entgegenschleudert. Er tat es in Gegenwart des Reichszanlers Hitler auf der Tagung der SA. und SS. in Erfurt. Zugleich teilte der Ministerpräsident Marxler mit, daß das Hakenkreuz demnächst in das Staatswappen aufgenommen werde. Der Staat dürfe nur von der nationalsozialistischen Partei getragen werden.

Diese rücksichtslose Kampfansage gilt zunächst den Deutschenationalen in allen Spielarten und den Katholiken, aber auch den Protestanten, soweit sie das Christentum nicht auf dem Kasernenhof gleichschalten lassen wollen.

Es bricht eine Verbotsmauer gegen die „Sogenannten“ evangelischen und katholischen Jugendvereine los. Auch die großdeutschen Jugendbünde unter Führung des Admirals von Trotha sind aufgelöst worden. Der „Stahlhelm“ wird in Braunschweig und in anderen Landesteilen beinahe so verfolgt wie die Marxisten. Selbst der frühere Stahlhelmführer Reichsminister Selbte darf auf Stahlhelmtungebungen nicht sprechen.

Die SA. und die SS., deren Gefangener der Reichszanler ist, verlangt stürmisch, daß mit jedem nationalen Wettbewerb aufgeräumt werden muß. Göbbels, Göring und andere, die im Radikalismus der Braunen schwimmen,

fordern von Hitler ein staatliches Verbot aller nationalen Konkurrenzverbände, falls diese sich nicht von selbst auflösen.

In Eingaben an die Reichsregierung werden die deutschnationalen Verbände, die christlichen Jugendorganisationen und jede gleichgeschaltete Sonderbewegung als „grober Unfug“ bezeichnet. Auch alle nicht-nationalsozialistischen Organisationen des Mittelstandes sollen zerstört werden.

In einigen Landesteilen sucht man die rebellische SA. und SS. durch eine neue Terrorwelle gegen die Marxisten abzulenken, so in der Pfalz. In Pirmasens z. B. durchziehen SA. und SS. gemeinsam mit der Polizei die Strassen. Zahlreiche marxistische Arbeiter wurden mißhandelt. Im Ruhrgebiet wurden einige bekannte SA.- und SS.-Führer verhaftet, so in Essen drei Brüder Tornow und Benohr. Jeder kritisch eingestellte SA.- oder SS.-Mann wird als Kommunist verdächtigt.

In konservativ-nationalen Kreisen ist man empört über den Vizekanzler von Papen, dem man haltlose Schwäche vorwirft.

Man fragt sich, wofür der Vizekanzler überhaupt sein Gehalt bezieht. Erst galt er gewissermaßen als Treuhänder der Konservativen im Kabinett. Als sich seine Unfähigkeit zeigte, sich gegenüber den Ellenbogen Hitlers und Göbbels zu behaupten, wurde erzählt, Papen werde für wichtige außenpolitische Missionen gehalten und bezahlt. Aber auch davon hört man nichts mehr. Er ist lediglich noch eine dekorative Puppe.

Deutschland wird zur Zeit von unverantwortlichen SA.-Führern wie jenem Reichsstattthalter Sanderl regiert, der alle Andersdenkenden — nicht nur die Marxisten — ausrotten will. Das erklärt manches, was wie Irrsinn anmutet. Wie lange Hitler mit diesen Kräften noch Schritt halten kann, wird sich zeigen. Mehr und mehr wächst die Stimmung, die größere Dinge will als den Ruin der Arbeiterorganisationen. Die Augen der proletarischen Elemente in der SA. und SS. richten sich auf den Großgrundbesitz, die Banken und die Schwerindustrie, als deren Schutzgruppen ihnen die anderen nationalen Verbände bezeichnet werden.

Der Pranger ist aufgerichtet

„Zu Befehl, Herr Pressedezernent!“

Der Vetter der Justizpressestelle Berlin, Herr Klug, hat unter dem 14. Juni an die Lokalredaktion der „Vossischen Zeitung“ den folgenden Brief gerichtet:

„In der Nr. 281 vom 14. Juni 1933 brachte die „Vossische Zeitung“ unter der Überschrift „Fünf Prozesse vor dem Sondergericht“ einen Bericht über die Verhandlungen des Berliner Sondergerichts.“

In diesem Artikel war bei den Verurteilten, der 30-jährigen kaufmännischen Angestellten Irmschold Simon und dem 30-jährigen Zigarrenverkäufer Siegfried Rund ohne jeden erkennbaren Grund der Name nur durch den Anfangsbuchstaben gekennzeichnet.

Es gehört zur Aufgabe der deutsch bewachten Presse, bei Gerichtsberichten, die auf die Verächtlichkeit abstrafend wirken sollen, die Namen der Verurteilten aus diesem Grunde voll zu nennen, zumal bei den Angeklagten Simon und Rund ein jugendliches Alter keineswegs in Frage kommt.

Damit der Leserkreis Ihrer Zeitung nicht in den Glauben verleiht wird, daß in dieser Methode irgendwie eine Tendenz Ihres Blattes zu erblicken sei, gebe ich nachdrücklich der Erwartung Ausdruck, daß derartige Vorkommnisse in der Zukunft unterbleiben.

Ich bitte diesen Brief wörtlich und kommentarlos in der nächsten Ausgabe der „Vossischen Zeitung“ unter der Überschrift „Fünf Prozesse vor dem Sondergericht“ zu veröffentlichen.“

„Zu Befehl!“ Selbstverständlich mußte die „Vossische Zeitung“ den Brief kommentarlos bringen. Was hier verlangt wird, ist die Aufzählung des Prangers für Leute, die der Feme des Sondergerichts verfallen. Ob man sie auch ertadelt hätte, wenn die Verurteilten keine Juden gewesen wären?“

„Wie einst die ehrlösen Weiber“

An die gefinnungslosen Damen Krefelds!

Da uns nicht unbekannt Frauen und Mädchen Krefelds den SA.-Boykott gegen die jüdische Greuel-Propaganda mit einem Boykott des christlichen, gewerblichen Mittelstandes beantworteten, warnen wir diese. Sie sollen sich schlichtlich nicht wundern, wenn die SA. sie demnach genau so behandelt, wie einst die ehrlösen Weiber behandelt wurden, die mit den belgischen Soldaten und belgischen Offizieren in der Besatzungszeit verkehrten.

Wir halten die Augen offen!

Higeltinger,

Sturmbannführer 1/40*

Diese Anzeige finden wir im „Krefelder General-Anzeiger“...

Komödie!

Berlin, 20. Juni. (Eig. Meldg.)

Die Betriebskräfte der Großberliner nationalsozialistischen Betriebe und Werke haben sämtliche Berliner Belegschaften aufgerufen, sich vollständig morgen Mittwoch nachmittags 8 Uhr zu einer großen Massenkundgebung im Lustgarten gegen die Behandlung der deutschen Arbeiterführer in Genf und gegen die internationale marxistische Hege zu vereinigen. Auf der Kundgebung wird der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Engel sprechen. (Nicht ein einziger Klassenbewußter Arbeiter wird mit seinem Herzen dabei sein! D. Red.)

Neuer Nazi-Sprengstoffanschlag

Wien, 20. Juni. Auf einer Holzbrücke über die Fluggelbahn Vienna-Kaltenleutgeben am Rande des Wiener Waldes, südlich von Wien, wurde heute nacht gegen 1 Uhr ein Sprengstoffanschlag verübt, der die Holzbrücke zerstörte und auch das Mauerfundament stark beschädigte. Die Eisenbahnschienen blieben unverletzt. Die Nazi-Führer sind entkommen.

Danzigs heißer Boden

Vor innen- und außenpolitischen Katastrophen

(N. L.) Die schwere Krise, in die die Neuwahlen zum Danziger Volkstag die Freie Stadt Danzig gestürzt haben, hat durch das Wahlergebnis vom 28. Mai und durch den zwei Tage später erfolgten Rücktritt der bisherigen deutschnationalen Regierung ihren Höhepunkt erreicht.

Die Nationalsozialisten haben sich bei den Neuwahlen die Mehrheit aller abgegebenen Stimmen zu verschaffen gewohnt. Das bedeutet nichts anderes, als daß Danzig innen- und außenpolitischen Katastrophen entgegengibt, für die der Wahlkampf mit allen seinen Begleiterscheinungen bereits deutliche Vorzeichen gegeben hat. Ein unverträgliches Gesinnungsgestirn hatte es weiten Wählerkreisen unmöglich gemacht, frei ihren politischen Willen zu bekunden.

Namentlich in den Landgebieten, in denen etwa ein Drittel der Bevölkerung des Freistaates wohnt, tobte sich der nationalsozialistische Terror ungehindert an. In den Dörfern wurden die Arbeiter mit schwersten wirtschaftlichen Repressalien und Gewalttaten bedroht, falls sie ihre Stimmen für die Sozialdemokratie oder für die Kommunisten abgeben würden. Sozialdemokratische Funktionäre wurden durch SA.-Horden gehindert, Wahlpropaganda zu betreiben, über die Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen wurden von den Nationalsozialisten manchmal sogar „schwarze Listen“ geführt. Von einer Versammlungsfreiheit war auf dem Lande kaum noch die Rede. Starke SA.-Truppen schützten die Bevölkerung ein und hinderten sie, selbst deutschnationale Versammlungen zu besuchen.

Dieser Terror wurde ermöglicht durch das Verhalten der Danziger Polizei, die sich bereits Wochen vor der Wahl völlig in der Hand der nationalsozialistischen Parteileitung befand. Auch die gesamte übrige Beamtenschaft war bereit vor der Wahl geschlossenen nationalsozialistischen Organisationen beigetreten. Die Furcht vor Entlassungen und Rachegehaltungen durch eine kommende Nazi-Regierung war stark genug, um auch Widerstrebende zum Botum für das Hakenkreuz zu zwingen. Die Gerichtsbarkeit entbehrt jeder Objektivität und ermöglichte bekanntlich schon vor der Wahl den Raub des Eigentums der Danziger freien Gewerkschaften durch die Nationalsozialisten, ebenso die wirtschaftlich in keiner Weise gerechtfertigte Eröffnung des Konkurses über die sozialdemokratische „Danziger Volksstimme“. Unter solchen Verhältnissen und angesichts der hemmungslosen Lügen- und Propaganda der Nationalsozialisten, die von den der Regierung völlig aus der Hand gegangenen Staatsorganen geduldet wurde, während sie die sozialistische Propaganda fast behinderten, ist es erklärlich, daß der braune Terror sich 98 Prozent aller Danziger Wählerstimmen zu verschaffen wußte.

Danzig soll künftig also unter dem Kommando des deutschen Reichszanlers stehen. Eine Nazi-Regierung scheidet sich an, ihr Amt anzutreten, um die Befehle Adolf Hitlers auszuführen. Danzig soll ein neues Experimentierfeld für den Faschismus werden. Bis zur endgültigen Neubildung der Regierung dürfte sich das Leben in Danzig äußerlich noch in verhältnismäßig ruhigen Bahnen abspielen. Was aber wird unter einer Nazi-

Regierung das Schicksal der Danziger friedliebenden und verfassungstreuen Bevölkerung sein?

Danzig ist mit Bündstoff geladen. Die SA. und SS.-Truppen, die unter dem Kommando von reichsdeutschen Nationalsozialisten stehen, haben seit einiger Zeit erhebliche Verstärkungen aus dem Reich erhalten. Berliner, ostpreussische und bairische SA. sind in Danzig kaserniert. Alle sind bewaffnet. In den Reihen der Nationalsozialisten sind Viten im Umlauf, in denen die Namen sozialdemokratischer und kommunistischer Funktionäre verzeichnet sind, gegen die Terrormaßnahmen vorgenommen oder zum mindesten durch Polizei und Gerichte hinter Schloß und Riegel gebracht werden sollen. Schußlos fühlen sie sich dem nationalsozialistischen Terror ausgeliefert, wenn nicht von außen her Gegenmaßnahmen getroffen werden. Die Danziger Bevölkerung legt immer noch ihre Hoffnung auf den Völkerbund, der im Statut der Freien Stadt Danzig den Schutz der Danziger Bevölkerung und die Sicherung von Ruhe und Ordnung im Gebiet der Freien Stadt Danzig übernommen hat.

Auch die Nationalsozialisten wissen, daß sie ihre Politik in Danzig im Scheinwerferlicht der Welt werden machen müssen. Deshalb geben sie jetzt vor ihrer Regierungsübernahme in der Öffentlichkeit eine Erklärung nach der anderen ab, in der sie ihre Legalität und Verfassungstreue beteuern. Aber diese Beteuerungen sind genau so zu bewerten wie ihr Versprechen, mit Polen in Frieden zu leben und die Rechte Polens und der polnischen Minderheit in Danzig zu achten. Sie haben solche Erklärungen schon des öftern in die Welt hinaus geschrien, und doch haben sie gleichzeitig täglich Bestimmungen der Verfassung und der Gesetz verlegt, Uebertreter auf Andersdenkende, Juden und Polen, gemacht, Arbeiter auf der Straße verprügelt und Arbeiterwohnungen demoliert. Die Tätigkeit der Nationalsozialisten in Danzig hat seit ihrem Bestehen nichts anderes als Unruhe, Bluttaten und immer neue schwere Zwischenfälle mit dem Nachbarstaat Polen herbeigeführt, ohne den Danzig wirtschaftlich nicht existieren kann.

Danzig ist ein heißer Boden und bei aller Kleinheit seines Staatsgebietes kann es für die Welt nicht gleichgültig sein, wer in Danzig regiert und wie regiert wird. Die Neurnichtung in Danzig und jede Erschütterung seines Staatslebens kann schwerste europäische Konflikte zur Folge haben, jeder Punkt, der in das Pulversah nationaler Gegensätze auf Danziger Boden liegt, kann einen Weltbrand entfachen. Deshalb erfordert gerade die augenblickliche gefährliche Zuspitzung der Situation in Danzig die gespannteste Aufmerksamkeit der Welt. Danzig darf nicht zum Tummelplatz des braunen Terrors und nationalsozialistischer Leidenschaften werden.

Der Hohe Kommissar des Völkerbundes in Danzig, der Däne Helmer Rokina, hat bisher nur eine abwartende Haltung eingenommen, die in weitesten Kreisen nicht mehr verstanden wird. Er muß sich darüber im klaren sein, daß eine nationalsozialistische Regierung in Danzig nicht imstande sein kann, die ihr hier gesteckten Aufgaben zu erfüllen. Sie wird vielmehr eine ständige Neurnichtung der Danziger Bevölkerung darstellen und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Polen, auf der die Existenz Danzigs beruht, völlig unmöglich machen. Unter solchen Umständen ist die Verantwortung des Hohen Kommissars außerordentlich gemindert. Er wird handeln müssen, sollen sich nicht unabsehbare Gefahren über Danzig zusammenballen.

Frankfurt a. M. Anlässlich einer Dietrich-Eckhart-Gedächtnisfeier im städtischen Schauspielhaus wurde dem Staatskommissar im preussischen Kultusministerium Hans Hinkel, Reichsorganisationsleiter des Kampfbundes für Deutsche Kultur und Leiter des preussischen Theaterausschusses, die Goethe-Plakette der Stadt Frankfurt a. M. verliehen.

„Du gleichst dem Gels, den Du begreifst“

Berlin, 20. Juni. Der Reichspräsident hat ausgerechnet dem Schriftsteller Walter Bloem anlässlich seines 65. Geburtstages die Goethe-Plakette verliehen und mit einem herzlichen Glückwunschschreiben zugehen lassen.

„Zu Können braucht man nichts“

Ein Schülerbrief aus dem erwachten Deutschland

... In der neuen Schule kann der Fleißigste faul werden. Zum guten Zeugnis gehört nicht viel. Wenn jetzt ein Junge kommt, der nicht nur Stroh im Kopfe hat, und nur mit einem halben Ohr hört, was der Lehrer vorkauft, so kann er der beste Schüler sein. Zu Können braucht man nichts. Im Diktat wird fast jedes Wort vorgelesen. Es ist also klar, daß ich die besten Arbeiten geschrieben habe. Gestern, also am Montag, ist der Klassenlehrer gekommen. Er hat erzählt, daß Religion sehr lehrreich sei, und er wolle keinen Menschen bekehren. Der Lehrer gefällt mir nicht, denn er nimmt den Stock sehr in Anspruch. Er sagte mir, daß Herr B. mir ein gutes Zeugnis gegeben habe. Unser Rektor hat uns einen Vortrag gehalten. Er hat gesagt, daß jetzt endlich die 14 Jahre vorbei seien, in denen die Lehrer nicht schlagen durften. Es sei endlich die Zeit gekommen, in der mal wieder Recht und Ordnung in das Volk kommt. In der Schlageter-Fest hand ein Junge aus meiner Klasse am Schluß auf und brachte auf Adolf Hitler ein Hoch aus. Er bekam eine große Strafpredigt vom Leiter unserer Schule. Denn der Leiter sagte in den Worten, die er an uns richtete, folgendes: „Es kommt nicht auf den einzelnen, sondern auf die Masse an.“ Wir bemühen uns, daß ich in eine andere Schule komme. Die Kinderkulturierte und „Freundschaft“ (das sind Heftschriften der sozialistischen Kinderbewegung, D. Red.) erscheinen nicht mehr ...“

Reichsregierung für Judenboykott

Der Reichspostminister für Aechtung jüdischer Firmen

Die Bezirksdirektion Nürnberg der Deutschen Reichspostreklame G. m. b. H. hat auf Anzeigenaufträge jüdischer Firmen folgenden Bescheid gegeben:

„Mit Rücksicht auf den jüdischen Charakter Ihrer Firma haben wir die Weisung erhalten, von Ihrer Reklame im Amtlichen Fernsprechbuch Abstand zu nehmen.“

Man beachte die Wendung, daß die Deutsche Reichspostreklame G. m. b. H. „Weisung“ erhalten hat, jüdische Firmen zu ächten. Diese „Weisung“ kann nur aus dem Reichspostministerium, also aus der Mitte der Reichsregierung gekommen sein. Die Reichsregierung läßt zwar gnädig zu, daß jüdische Firmen Fernsprechgebühren und Steuern zahlen, aber bei dem geschäftlichen Wettbewerb sind sie ausgeschlossen.

Der Judenboykott, von dem man sich amtlich mit Rücksicht auf die Wirkung im Auslande losgesagt hatte, geht also amtlich weiter. Davor haben wir nicht gezweifelt. Das faschistische System ist hinterhältig und feige. Es mag nicht, vor der Welt für seine Taten einzutreten. Darum zwingt es Rabbiner und führende jüdische Geschäftsleute Erklärungen über die so gerechte und vornehme Behandlung der deutschen Juden abzugeben. Gleichzeitig geschieht reichsamlich und noch mehr parteiamtlich alles, um die jüdische Minderheit zu ächten und zu schädigen.

Was hier für die Geschäftswelt gesagt wird, gilt auch für die jüdischen Rechtsanwält, Ärzte und Intellektuellen. Man behauptet, in Berlin seien 2500 jüdische Rechtsanwält zugelassen, verschweigt aber, daß durch die fortwährende Achtung des Judentums alle Welt sich hütet, sich eines jüdischen Anwalts zu bedienen.

Juden und Marxisten — und nicht nur diese, sondern jede Gegner des Systems — sollen durch Hunger mürbe gemacht werden. Das ist der barbarische, und zwar Wille der Reichsregierung und aller ihrer Organe.

Der politische Tag

Weltwirtschaftskonferenz in der Sadgasse?

Paris, 20. Juni.

Der „Temps“ spricht in seinem heutigen Leitartikel bereits davon, daß die Weltwirtschaftskonferenz schon in eine Sadgasse geraten sei. In der gleichen Weise wie die Morgenpresse macht er die Amerikaner hierfür verantwortlich. Die Vermutung, so schreibt das Blatt, sei darauf zurückzuführen, daß die amerikanische Delegation in London ohne ein bestimmtes Programm angekommen sei und nun in einer ständigen Atmosphäre der Uneinigkeit arbeite, die gar nicht mehr zu beheben sei. In der Sadgasse, in die die Haltung Washingtons die Debatte geführt habe. Auch hinsichtlich der Stabilisierung der Währungen sei das Verhalten der Amerikaner nicht weniger enttäuschend. Sie erkennen zwar an, daß ohne Währungsstabilisierung keine Wiederherstellung des Vertrauens möglich sei, aber sie ärgern sich hinsichtlich einer provisorischen Stabilisierung des Dollars für die Dauer der Konferenz, denn sie behandeln eben die großen Weltprobleme vom Standpunkt der amerikanischen innerpolitischen Erfordernisse. Sie wollen ihre Währung erst dann provisorisch stabilisieren, wenn die Ziele, um deren Erreichung sie abichtlich den Dollar entwertet hätten, erreicht seien, nämlich die Erleichterung der privaten Schuldenlast und künstliche Preissteigerung im Innern. Der „Temps“ kritisiert dann auch die amerikanische Haltung in der Frage der Abtragung der Jollmannern und bezeichnet zum Schluß den Gedanken, durch Regierungsabkommen die Weltproduktion an Getreide, Mais, Kohle, Baumwolle, Holz und Kupfer regeln zu wollen, nicht nur als einen schweren Fehler vom wirtschaftlichen Standpunkt, sondern hebt auch voraus, daß die Durchführung eines solchen Planes völlig unmöglich sei.

Was geht da vor?

Schwere Explosion auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr

München, 21. Juni. (Eig. Ber.)

Auf dem Truppenübungsplatz Grafenwöhr bei Nürnberg, auf welchem seit einiger Zeit unheimliche Versuche angestellt werden und der im weiten Umkreis durch Reichswehr-Kommandos abgesperrt ist, hat sich am Sonntag vormittag eine schwere Explosion ereignet. Sieben Jugendliche wurden buchstäblich zerrissen, dreißig Personen mehr oder minder schwer verletzt. Ueber die Zusammenhänge der Explosion wird seitens der Behörde krenales Stillschweigen bewahrt; die Opfer der Katastrophe sind beschlagnahmt worden.

(Das sind wahrscheinlich die Experimente der „Wach- und Schließgesellschaft“, als die Hitler in seiner bekannten Reichstagsfriedensrede einen Teil der deutschen Rüstungen bezeichnete.)

Verboten! Verboten!

Teilweises „Stahlhelm“-Verbot in Schlessen

In der Provinz Schlessen wurden zahlreich Ortschaften des „Stahlhelm“ aufgelöst wegen „politischer Unzuverlässigkeit“. Die Neugründung der Ortsgruppen wurde unterbunden. — Wegen dieser Maßnahme hat der Bundesführer des „Stahlhelm“, Reichsarbeitsminister Selbte, telegraphisch Beschwerde beim Reichskanzler und beim Reichspräsidenten erhoben.

Hitter-Jugend hat das Monopol!

Der Reichskanzler hat heute eine Verfügung erlassen, nach welcher für Mecklenburg und Lü-

beck alle Jugendverbände mit sofortiger Wirkung aufgelöst und verboten sind, mit alleiniger Ausnahme der nationalsozialistischen Organisation. Der Reichskanzler, Herr Hilbrandt, erklärt hierzu ausdrücklich, daß auch die christlichen und die nationalen Verbände von der Auflösung und dem Verbot betroffen werden; er könne niemand gekannt, seinen Einfluß auf die Jugend auszuüben, das Werk der Erziehung und Ausbildung der neuen Generation sei einzig und allein den Nationalsozialisten vorbehalten.

General Schleicher ist nicht im Ausland

Die von einigen ausländischen Zeitungen gemeldete Behauptung, daß der frühere Reichskanzler, General v. Schleicher, sich in der Schweiz befinde, entspricht nicht den Tatsachen. General von Schleicher ist vielmehr von seinem kurzen Aufenthalt in Reuders, wo er als Gast des Reichspräsidenten weilte, unmittelbar wieder nach Berlin, bezw. Potsdam zurückgekehrt.

Keine Gegenätze zwischen Dr. Hugenberg und dem Kampfring.

GNB, Berlin, 20. Juni. (Eig. Meld.) Die deutsch-nationale Pressestelle veröffentlicht eine Mitteilung, in der sie die Richtigkeit des von der Essener Nationalzeitung gegebenen Berichtes bestreitet, daß zwischen Dr. Hugenberg und dem Deutschen Kampfringleiter schwere Gegenätze beständen und daß Dr. Hugenberg die Absicht habe, die deutsch-nationale Kampfring aufzulösen, falls nicht der Beweis erbracht werde, daß sie absolut zuverlässig seien. Dr. Hugenberg sei sich mit dem Kampfringleiter Staatssekretär a. D. v. Bismarck durchaus darüber einig, daß die in der Öffentlichkeit verbreiteten Gerüchte, der Kampfring hätte noch dem 20. Januar Kommunisten und Reichsbannerleuten Unterschlupf gewährt, der Wirklichkeit nicht entspreche und daß der von dem Kampfringleiter herausgegebene Befehl eine ausreichende Handhabe dafür biete, daß unerwünschte Elemente im Kampfring keine Aufnahme fänden. Die Kampfring hätten bisher als einzige Organisation überall der Polizei ihre Mittelglieder zur Nachprüfung bereitwillig überlassen und in allen Fällen, in denen aus Unkenntnis der Person eine unerwünschte Aufnahme stattgefunden hätte, durchgegriffen.

Schweres Aufonungslück in Württemberg.

Mth. Freudenstadt, 20. Juni. Auf der Ghansee bei Freudenstadt ereignete sich gestern Abend ein furchtbares Aufonungslück, dem fünf Personen zum Opfer fielen. Die Blenden, die im Kloster Freudenbrunn untergebracht sind, machten in Begleitung von Schwestern einen Autoausflug. Auf dem Rückwege geriet das mit 11 Personen besetzte Auto auf der Fahrbahn und stürzte die sehr steile Böschung hinunter. Das Auto überschlug sich und bearbt die Insassen unter sich. Fünf Personen, vier Männer und ein Mädchen, alles Blinde, wurden sofort getötet. Ein Schwerverletzter und mehrere Leichtverletzte wurden ins Krankenhaus gebracht.

Schwere Bluffat auf Schloß Eisingen.

Mth. Gerdenen, 20. Juni. Im Schloß des Begründers des sogenannten Bundes der Gnoten, Pachtke, in Eisingen bei Gerdenen kam es in der vergangenen Nacht bei einem Bierabend der Gnoten zu einer blutigen Schießerei, die anher zwei lebensgefährlich Verletzten bisher ein Todesopfer forderte.

Zwischen Teilnehmern dieses Abends und dem sechzigjährigen Schwiegervater des Schloßbesizers, dem Stedler Robert, entwickelte sich aus geringfügigem, bisher nicht näher geklärtem Anlaß eine heftige Auseinandersetzung, in deren Verlauf Robert das Zimmer verließ. Bald darauf erschien er jedoch mit einer Pistole bewaffnet wieder und lenerte in höchster Erregung blindlings auf die Anwesenden. Ein Lehrer Salewski brach von mehreren Kugeln getroffen, tot zusammen. Ein Kaufmann aus Berlin erhielt vier Bauchschüsse und der Schloßherr einen Schuß durch den Leib und die rechte Hand. Der Täter flüchtete und konnte bisher noch nicht gefaßt werden.

Tausende von Schlangen überfallen ein Dorf in der Türkei

Das Dorf Ansubjuvel bei Mesina wurde von Tausenden von Schlangen überfallen, die sich in den Häusern und Ställen einnisteten. Vergeblich kämpften die Bewohner gegen die Plage an und mehrere Personen sind bereits an Schlangengiften gestorben. Auch die aus benachbarten Städten herbeigeholte Polizei war gegen die Schlangen machtlos. Die Dorfbewohner mühen schließlich das Dorf räumen und einige Kilometer entfernt auf dem Felde übernachten.

Zwei Personen vom Blitz erschlagen

Die 22jährige Fabrikantengattin Rudolf Lehlkin — eine gebürtige Berlinerin — und der zu Gast bei der Familie Lehlkin weilende Prediger der evangelischen Christengemeinde in Karlsruh, Wilhelm Luitenberg, wurden während eines schweren Gewitters, als sie unter einem Baum im Garten Kaffee tranken, vom Blitz tödlich getroffen.

Während eines Gewitters in Johanneswunsch bei Landsberg a. M. schlug der Blitz in einen Lichtleitungsmaß und sprang im Hause des Besitzers Wilhelm Fabianke zur Hausleitung über. Der in der Wohnkubel anweit eines Lichtschalters sitzende Eigentümer wurde erschlagen.

Die Krähe als Weltwanderer

In Riebal (Schleswig) hat ein Jäger eine Krähe erlegt, welche einen Nahrungstrug. Nach Art der Vogelwarte Rostitten hatte ein Stockholmer die Krähe — mit seiner Adresse versehen — auflegen lassen. Die Krähe war also vor sechs Monaten in Stockholm abgeflogen. Ein Beweis, daß die Krähen oftmals weite Strecken hinter sich legen und durchaus nicht davor zurückscheuen, auch in ferne Länder zu fliegen.

Um Heiterkeit und Gleichmut zu gewinnen

In England gibt es eine Horaz-Brüderschaft, deren Mitglieder die Verpflichtung übernommen haben, alle Zeit einen Band der Oden des Horaz bei sich zu tragen. Nur auf diese Weise — so meint die Brüderschaft — ist es möglich, weise Heiterkeit und Gleichmut zu gewinnen. Eigenartigweise haben die Horaz-Oden den Präsidenten der Vereinigung, den sehr beliebten Richter Max Corp durchaus nicht zu weiser Heiterkeit geführt. Vielmehr hat der Richter vor kurzem — Selbstmord begangen.

Ein neuer Blaubart

Bisher drei Frauenmorde nachgewiesen — Die Ehefrau als Mithelferin

Vor dem römischen Schwurgericht begann nun der große Prozeß des italienischen Frauenmörders Cesare Serviatti, eines Mannes der es mit den berüchtlichsten Verbrechern der Kriminalgeschichte, mit einem Landru, Bela Rib, Hoarmann oder Kärten aufnehmen kann. Serviattis Methode war, sich durch Heiratsannoncen alternden Frauen zu nähern, die er dann nach ihrer Ausplünderung auf bestialische Weise ermordete. Bisher wurden ihm und seiner Gattin, die dem Ungeheuer bei allen seinen blutigen Unternehmungen treu zur Seite stand, drei Frauenmorde glatt nachgewiesen.

Der abgeglagte Kopf

Ende November des vergangenen Jahres wurde in einem Abteil dritter Klasse des Schnellzuges Rom-Neapel ein Koffer gefunden, dessen Inhalt die zerstückelte nackte Leiche einer Frau enthielt. Es fehlte jede Spur, um die Ermordete zu identifizieren, da nicht nur kein einziges Kleidungsstück vorhanden war, sondern auch der Kopf vom Rumpf abgetrennt und weggeschafft worden war. Erst zwei Tage später fand man den abgeglagten Kopf, in Zeitungspapier gewickelt, auf einem Bahnhof derselben Eisenbahnstrecke.

Die Polizei arbeitete fleißigst, kam aber wochenlang in ihren Ermittlungen nicht vorwärts. Erst in den ersten Dezembertagen meldete sich ein gewisser Gino Goriotti, der in dem Opfer seine seit vier Wochen verschwundene Schwester Paolina zu erkennen glaubte. In einigen Stunden wußte dann schon die Polizei, daß Paolina Goriotti in der letzten Zeit zu einem älteren Mann namens Cesare Serviatti in Beziehungen gestanden hatte, der ihr die Heirat versprochen haben soll. Man erfuhr auch, daß sie kurze Zeit vor Auffindung der Leiche aus Rom in seiner Gesellschaft verschwunden war.

Nun suchte man nach Serviatti, er war aber in Rom nicht mehr aufzufinden. Endlich, am 9. Dezember, gelang es der Polizei, Serviatti in Neapel festzunehmen. Nach langem Verhandeln gelang es, Paolina Goriotti, eine Hausangestellte, nach Sizilien zu locken, sie ihres ganzen ersparten Geldes beraubt und sie dann menschenförmig ermordet zu haben.

Nach zwei Frauen ...

Serviatti lernte Paolina Goriotti durch eine Zeitungsannonce kennen, in der er eine Frau suchte. Die Polizei

ermittelte, daß der Mörder seit Jahren diese Art von Heiratswindel betreibt, und untersuchte alle jene Fälle, in denen Hausangestellte oder andere alleinstehende alternde Frauen plötzlich spurlos verschwunden waren. So kam sie auf das rätselhafte Verschwinden der Witwe Harabaldi geb. Fabena Bartolotti im Jahre 1925 und auf den unaufgeklärten Mord an der Hausangestellten Beatrice Margarucci im Oktober 1929. Auch in diesen beiden Fällen ergaben die Ermittlungen lückenlos, daß die Frauen durch Heiratsannoncen Serviatti kennengelernt und mit Hilfe der Frau Serviatti, die stets als Vermittlerin auf dem Plan erschienen war, zu ihm in Beziehungen getreten waren. Nach langem Hören gelang denn auch Serviatti, auch diese beiden Frauen ermordet und ausgeraubt zu haben. Seine sämtlichen blutigen Verbrechen beging er in Sizilien; aufsehend konnte er sich in dieser Stadt besonders gut aus. Mit der Harabaldi fuhr er hin, plündernte sie aus und ertränkte sie dann im Meer. Die Margarucci hatte er — ebenfalls in Sizilien — erschlagen und die zerstückelten Leichenteile in drei Paketen auf den verschiedenen Bahnhöfen der Eisenbahnstrecke verstreut.

Das gemüßliche Mörderpaar

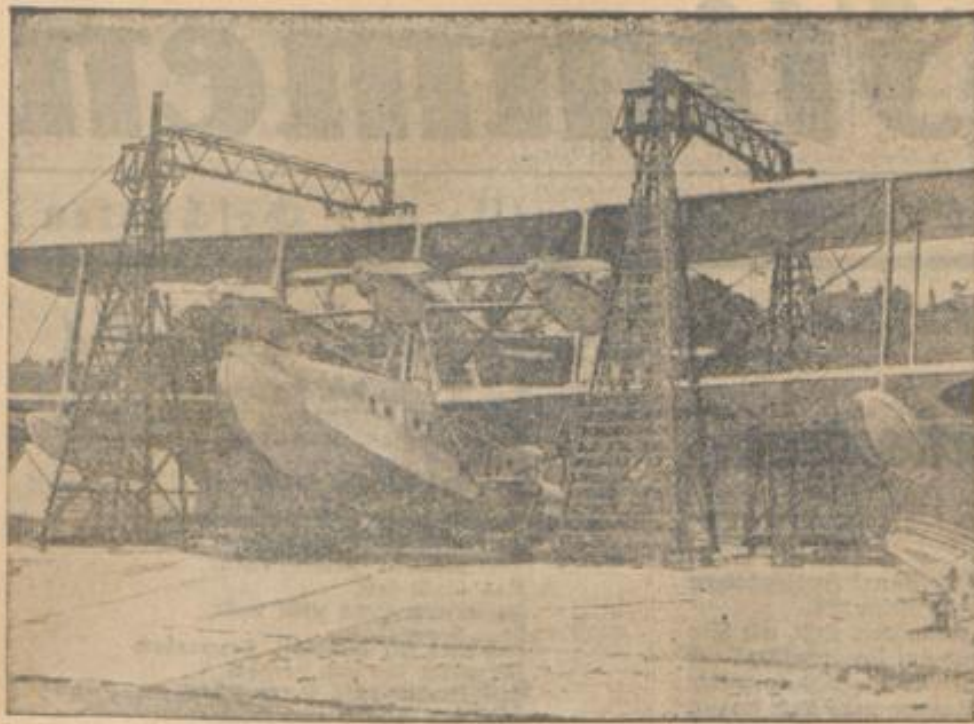
Bei der Schwurgerichtsverhandlung wurden Serviatti und seine Ehefrau Angela aus dem römischen Unterhofsgerichtsstand vorgeführt. Der Mörder ist ein Mann von 33 Jahren, ziemlich gut erhalten, seine Gattin ist 45 Jahre alt. Nach Verlesung der Anklageschrift fragte der Vorsitzende die Angeklagten, ob sie sich schuldig fühlten. Serviatti antwortete mit einem lauten vernichtlichen Ja. Seine Gattin sah ägernd ihren Mann an und schwieg. Lachend munterte Serviatti sie zur Antwort auf:

„Oh nur ruhig zu, daß du mir Frauen vermittelt hast. Herr Vorsitzender, das ist ein braves Frauenzimmer, sie freut sich, wenn ihr Mann sich amüßiert.“

Frau Serviatti arinde nun, auch über das ganze Geschehen und verbeugte sich vor dem Gerichtshof.

„Ich hatte nichts gegen die Bekanntschaften meines Mannes.“

Am Pause des ersten Tages wurden die Angehörigen der Opfer vernommen. Der Prozeß wird voraussichtlich fünfzehn Tage dauern.



Die riesige englische Flugmaschine „Fliegendes Schiff“ auf den Werten und das Flugzeug Zept fallen die Bau-Gerüste, die für den Koloss errichtet wurden. Flugwerkst von Rochester beginnt mit seinen Probefahrten.



Die Hauptstraße der Weltausstellung in Chicago, sie hat sich bereits den Namen „Mittelweg der Welt“ erworben, denn hier treffen sich ja in diesen Wochen tatsächlich Vertreter wohl aller Staaten und Nationen. Die Besucherzahl der riesigen Ausstellung wird von den zuständigen Stellen auf mindestens 30 Millionen geschätzt.

Das Schicksal Aurora Rodriguez

Lieber tot als heiraten!

Die Tragödie einer spanischen Schriftstellerin — Aus Verzweiflung die Tochter erschossen

Die in Spanien ziemlich bekannte Schriftstellerin Aurora Rodriguez steht augenblicklich im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Sie hat ihre zwanzigjährige Tochter erschossen, weil diese den Prinzipien der Mutter untreu werden und — heiraten wollte.

Die Familientragödie der beiden Frauen, Carmen und Aurora Rodriguez, hat weit über die Grenzen von Spanien hinaus erregt. Carmen, die zwanzigjährige, und Aurora, die vierzigjährige, Tochter und Mutter, beide Schriftstellerinnen, beide beliebte Mitglieder der Madrider Gesellschaft, verkörpern jenen Typ der emanzipierten Frau, die sich reiflich vom Mann loszulösen wünscht und als ihr ausschließliches Lebensziel ihre Selbstständigkeit bezeichnet.

Allerdings bestand zwischen den beiden Frauen ein wesentlicher Unterschied, nämlich der des Alters. Aurora Rodriguez hatte ihr bisheriges Leben in bewusster Trennung vom Mann als unveröhnliche Männerfeindin zugebracht. Sie behauptete in vielen ihrer Aufsätze, der Mann sei nur dazu nötig, um die Fortpflanzung des menschlichen Geschlechts zu sichern; die Aufgabe der Frau müsse vor allem darin liegen, ohne Hilfe des Mannes ihr Kind zu erziehen. In diesem Geiste verurteilte Frau Rodriguez ihre Tochter zu erziehen und nahm ihr auch das Wort ab, daß sie sich niemals um eines Mannes willen von ihrer Mutter trennen würde. Dadurch mußte das Verhältnis zwischen Mutter und Tochter eines Tages trantisch werden.

Der Mann tritt auf den Plan

Die junge Carmen Rodriguez nahm zuerst alle Grundzüge der Mutter willig an. Sie hielt sich von männlicher Gesellschaft fern, äußerte sich verächtlich über die bisherigen „Herren der Welt“ und interessierte sich stark für soziale Reformen. Mit sechzehn Jahren veröffentlichte sie ihre ersten Gedichte, die allerdings weniger eine kritische, als eine ausgesprochen lyrische Begabung verrieten; an ihrem achtzehnten Geburtstag erschien ihr erster Roman. Seit der Abschaffung der Monarchie betätigte sie sich bei dem sozialen Reformwerk, trat oft in öffentlichen Versammlungen auf und erwarb sich trotz ihrer Jugend einen guten Namen.

Soweit ging alles nach Wunsch der Mutter. Aber eines Tages lernte Carmen Rodriguez einen Mann kennen, und plötzlich waren alle Grundzüge der Mutter wie weggewischt. Vor der Liebe trat jegliche Männerfeindschaft zurück; das natürliche Gefühl brach sich Bahn und verlangte ungehemmte Entwicklung, ohne dogmatische Fesseln. Carmen erklärte ihrer Mutter, daß sie heiraten wolle. Damit begann die Tragödie im Hause Rodriguez.

Vergeblich erinnerte Frau Rodriguez ihre Tochter an ihr Versprechen, an alle männerfeindlichen Grundzüge, an die Tatsache, daß sie sich von ihrem Vater unmittelbar nach der Heirat getrennt habe, um sich ganz dem Kinde widmen zu können. Es kam zu heftigen Auseinandersetzungen; Frau Rodriguez erkannte, daß sie ihre Tochter für immer verloren hatte. Das bedeutete den Zusammenbruch ihrer Zukunftspäne, ihres Lebens; und schon entband in ihrem Kopf der Plan, die Heirat der Tochter um jeden Preis zu verhindern.

Mit einer unheimlichen Ruhe ging sie an das blutige Werk. Am Abend vor der Tat pushte sie die Pistole; am nächsten Morgen schickte sie die Hausangestellte weg, trat dann an das Bett der schlafenden Tochter und schoß sie nieder. Dann begab sie sich zu einem Deputierten, von dem sie sich zur Polizei begleiten ließ. Sie erklärte dort, am Leben kein Interesse mehr zu haben.

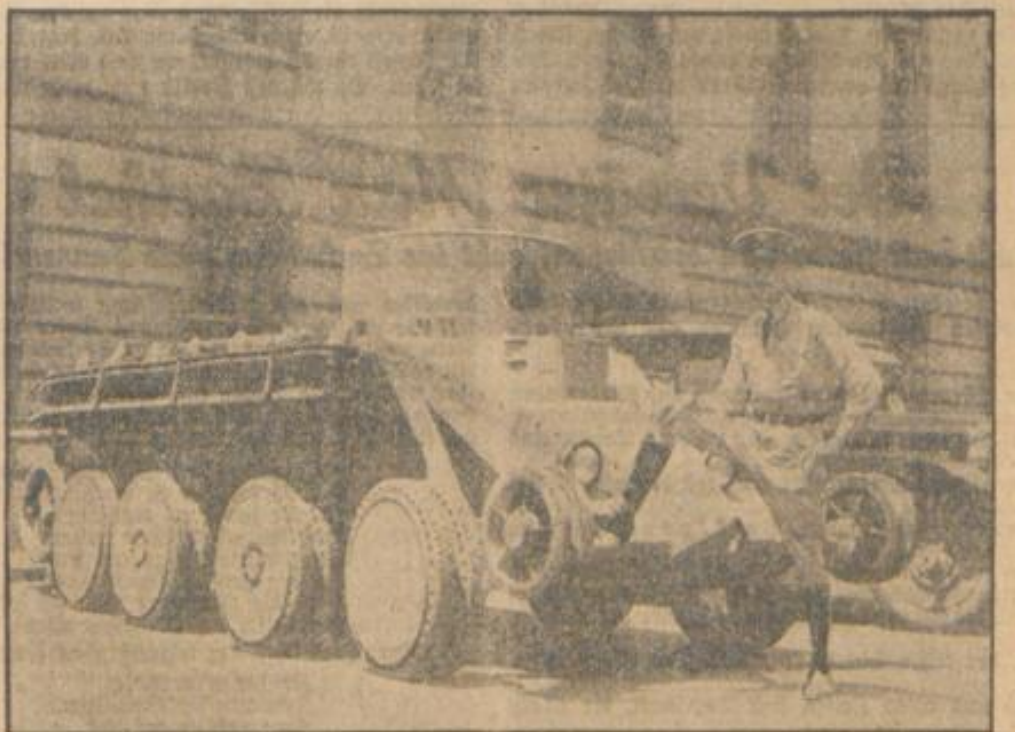
Der kleine Doug

Die Tragödie eines Kindes

Douglas Ivorsee ist ein Junge von 10 Jahren. Vier Monate waren nun schon vergangen, seit ihn sein Vater zusammen mit dem jüngeren Bruder Ronald in Mr. Woblow's Anstalt untergebracht hatte, damit er weiter lerne. Er war brav und fleißig gewesen, hatte gute Fortschritte gemacht und durch sein bescheidenes, offenes Wesen das Vertrauen seiner Lehrer und seines Direktors erworben. Trotzdem fühlte er sich nicht wohl in der Anstalt und war sehr traurig und unglücklich, wenn ihn die Erinnerung an das Elternhaus überkam. Manche Nacht hatte er dann noch gelegen und in dem Kummer seines kleinen Herzens bittere Tränen geweint. Oft hatte er auch schon daran gedacht, zu fliehen. Aber dann fehlte ihm schließlich doch wieder der Mut dazu und er war dageblieben. Nun aber, vor wenigen Tagen, hatte ihn die Sehnsucht nach Mutter und Vater und nach seiner ganz kleinen Schwärmer so gepackt, daß er einfach nicht mehr anders konnte. Während sich die Kameraden draußen auf dem Hofe zum sonntäglichen Kirchgange versammelten, schlich er still und leise durch die Gartenspforte, kletterte über



Zwei schöne Körper von demselben Rhythmus beschwingt, in der gleichen edlen und kraftvollen Bewegung — ein Speerwerfer und eine Speerwerferin, die das Wollen und Wesen der modernen Sportkultur als lebende Statuen darstellen.



Der neue Kriegstank, der jetzt im Heer der Vereinigten Staaten eingeführt wurde, wird von Uncle Sams Soldaten wegen seines hellen Anstrichs allgemein der „Weiße Elefant“ genannt. Der Tank weist vor allem durch seine außerordentlich geringe Höhe eine interessante Konstruktion auf.

die Mauer und flüchtete. Fast 15 Kilometer ist er dann über Straßen, Wälder und Acker gerannt, bis er endlich völlig erschöpft vor dem elterlichen Landhaus ankam.

Er traute sich aber nicht hinein. Alles schien ihm so seltsam ruhig, daß er sich fürchtete, und ihn langsam das Grauen packte. Obgleich er den ganzen Sonntag und die halbe Nacht die daraus folgte, um das Häuschen herumzuschlich, kam ihm niemand zu Gesicht, weder Vater noch Mutter, noch hatte er eine der ihm so vertrauten Stimmen gehört. Er hatte lange darüber nachgedacht, welche Ursachen das wohl haben möge, aber soviel er auch grübelte, — er konnte es nicht begreifen. Die Nacht war dann besonders schrecklich. In seiner Angst schloß er sich dabei in den kleinen Vorgarten ein und verbarg sich mit klopfendem Herzen auf einer Bank. Immer noch hoffte er, daß nun Vater oder Mutter aus dem Haus treten würden, um ihn zu sich zu nehmen und in ihren Armen und unter ihren Zärtlichkeiten die lieblose Zeit in dem Internat vergessen zu lassen.

Aber nichts dergleichen geschah, obgleich er Stunde für Stunde wartete. Schließlich mußte er dann eingeschlafen.

Er schlief immer noch, ganz friedlich und ruhig, als ihn am nächsten Morgen eine Polizeistreife, die sich auf der Suche befand, in dem Garten des elterlichen Hauses entdeckte. Als die Beamten, die im übrigen besonders freundlich und gut zu ihm waren, ihn dann mitnehmen wollten, wehrte er sich verzweifelt und schluderte bitterlich. Erst als sie ihm erzählten, daß seine Eltern verstorben seien, ging er schließlich mit ihnen. In die Anstalt zurückgeführt, hat man ihm dann wenigstens einen Teil der Wahrheit erzählt, die man ihm früher aus Rücksicht und Schonung vorenthalten hatte: In einem Anfall von geistiger Umnachtung hatte sein Vater schon einige Wochen vorher zuerst seine Frau, dann sein jüngstes Kind und schließlich sich selbst umgebracht.

Douglas Ivorsee und sein Bruder Ronald waren Waisen geworden.

Deutsche Stimmen

Feuilletonbeilage der „Deutschen Freiheit“

★ Ereignisse und Geschichten

„Du würdest Berlin nicht mehr wiedererkennen“ Ein Brief — der Bände spricht

Lieber Freund!

Seit acht Tagen bin ich wieder in Berlin, in der Stadt, die ich geliebt, in der ich aufgewachsen und zur Schule gegangen bin, und ich muß Dir sagen, daß ich bis jetzt noch keine Nacht geschlafen habe. Es liegt etwas in der Luft, was sich mit Worten nicht ausdrücken läßt, etwas Drohendes und Bedrückendes, das überall dort, wo Menschen zusammenkommen, auf der Straße, in den Betrieben, in Kaffees und Bierlokalen, ja selbst zwischen den eigenen vier Wänden von unseren Gedanken und Gesprächen Besitz ergriffen hat. Jeder mißtraut dem andern, aus Furcht, einem jener Spitzel in die Hände zu fallen, die, wie Minister Goebels stolz verkündete, in einer Zahl von 10 000 das Privatleben eines jeden Einzelnen beobachtet. Das ist schon fast zu einer Psychose geworden. Man fühlt sich vor niemandem mehr sicher, und wer sich gestern noch Dein Freund nannte, kann heute schon, wer weiß, zum Telefonhörer greifen, um Dich vom nächsten SA-Kommando abholen zu lassen.

Drei Monate habe ich Berlin nicht gesehen, aber es ist, als wäre ich in einem fremden Erdteil zurückgekehrt. Wohin man blickt — Uniformen, Umzüge, militärischer Drill. Wieder beherrscht der (braune) Soldat die Straße; wieder ist die Menschheit in zwei Gruppen eingeteilt; in diejenigen, die eine Uniform tragen, und in jene andern, die sich eilig an den Häusern entlangdrücken, weil sie keinen Karabiner haben und keine Armbinde, in die Zivilisten, in die „Menschen zweiter Ordnung“. Berlin ist eine Kaserne geworden. Unter den Bänden sieht man SA-Kolonnen feilmarschmäßig ausgerüstet, mit Stahlhelm (!) Trommeln und Trompeten, begleitet von einer — meist aus Frauen und Kindern bestehenden — Menschenmenge, die begeistert „Woll ans Gewehr“ und all die andern blutrünstig schmetternden Sturmlieder mitsingt.

In der Hauptstraße zu Schöneberg beobachtete ich einen Ladenbesitzer, der seinem kauschischen offiziersmäßigen Befehl erteilt. Der Junge, in feldgrünem Rock, mit Soldatenmütze, Hände an der Hosennaht, knallt die Haken zusammen und brüllt nach jedem Satz seines Chefs: „In Befehl!“ Zum Schluss eine musterhafte Kehrtwendung. Das Verhältnis des Arbeitgebers zum Angestellten hat automatisch militärischen Charakter angenommen. Keiner freier in SA-Uniform. Fabrikbesitzer erscheinen geschloffen im Braumbomb.

Jeder in Deutschland weiß, welche Gefahr sich über Europa in den letzten Wochen zusammensog, und viele, vor allem diejenigen, die zur SA gehören, können es Hitler nicht verzeihen, daß er im letzten Augenblick abgelehnt hat. Täglich finden rings um Berlin Schießübungen statt. Auch die Studenten, sofern sie arischer Abstammung sind, haben zweimal in der Woche an Scharfschießübungen, Gepadmärschen, Dauerläufen usw. teilzunehmen. Ueberall wird vom Krieg gesprochen. Die Erwachsenen spielen Krieg, und auch die Kinder auf den Straßen haben sich einen Uniformzug umgehängt und machen es ihren gleichgeschalteten

Vätern nach. Wieder zanken sich die Zehn- und Zwölfjährigen weil keiner den Franzosen oder Polen spielen will.

Man mag darüber lächeln, aber wenn man sieht, wie hier eine Jugend heranwächst, die bereits auf der Schulbank zur Verherrlichung des Massenrabes angehalten wird, so möchte man verzweifeln. Seit dem 30. Jänner wird den jungen Menschen bei jeder Gelegenheit eingehämmert, Deutschland könne nur durch einen Krieg wieder zu Glück und Wohlstand gelangen. In den Knabenschulen endet fast jede Feyer (und gefeiert wird oft!) mit dem Refrain: „Es ist kein schön' rer Tod als der Soldatentod!“. Die Mehrzahl der Lehrer erscheint in SA-Uniform zum Unterricht. Kürzlich erzählte mir Kuni von einem Vorfall, der sich in ihrem Logeum abgespielt hat. Der Direktor dieser Anstalt, ebenfalls Nationalsozialist, hatte sich geneigt, Arbeiten von jüdischen Schülerinnen zu korrigieren, mit der Begründung, sie sollten erst einmal anständig deutsch schreiben, er könne ihre wegen nicht hebräisch lernen. Dabei waren gerade diese Arbeiten die besten der Klasse. Erst auf Intervention eines deutschen nationalen Lehrers gelang es, diesen Göring des Ratbebers zu bewegen, die Arbeiten mit einem „Noch genügend“ durchgeben zu lassen. Welche Gewissensqualen, welche inneren Konflikte und Depressionen sich in der Seele eines solchen vor der ganzen Klasse gebrandmarkt und in ein Variadasein herabgeschickenen Kindes abspielen mögen, das kannst Du Dir selbst ausmalen.

Von unsern Freunden habe ich bisher nur Paul gesprochen. Er wartet immer noch auf Arbeit und ist sich einstellend in der Familie durch. Max und Friedrich sind im Konzentrationslager, Herbert ist nach Holland geflohen, von den andern fehlt jede Nachricht. Was mich anbelangt, so werde ich bis auf weiteres noch in Berlin ausbleiben. Sehr lange kann es ohne mich nicht mehr dauern, vielleicht ein Jahr, vielleicht zwei, vielleicht auch nur ein halbes, auf keinen Fall aber zehn oder gar zwanzig Jahre, wie die pessimisten unter uns zu Anfang meinten. Schon glaubt man, hier und da eine gewisse Ernüchterung zu spüren. Als ich vorgestern durch den Tiergarten ging, kam ein Trupp berittener SA — das gibt es auch schon! — vorüber. Dabei hörte ich, wie ein Passant, zweifellos ein Arbeiter, vor sich hinhinmurmelte: „Da haben wir's. Die Herren Narone reiten. Und wir müssen feiern.“ Es war niemand in der Nähe, und wir sahen uns einen Moment lang an.

Es gibt jetzt viele solcher verstoßenen Blicke des Einverständnisses in Berlin, manchmal fährt auch eine Faust aus der Jacke, aber dann muß man sich schon auf den andern verlassen können. Am Wedding gab es vor ein paar Tagen Krawall. Die Leute hatten Hunger, Polizei griff ein, aber davon hat natürlich nichts in den Zeitungen gestanden. Man lebt wie in einer Festung. Schmalz und Butter sind auch teurer geworden, und von der Arbeitsdienstpflicht, die Hitler am 1. Mai auf dem Tempelhofer Feld verkündete, ist nicht einmal die SA begeistert. Ich wünschte, Du kämest einmal hierher, um dies alles mit eigenen Augen zu sehen. Du würdest Berlin nicht mehr wiedererkennen.

Der Verräter Max Barthel

„Laßt Euch treten und erschießen, geht ins Zuchthaus, viele Tausend...“

In einem vor einigen Jahren erschienenen Gedichtband fanden wir diesen begeisterten Hymnus auf Sowjet-Rußland:

Ab, November, stürmischer: Aus Triumph und Niederlagen
Blick Du, was wir aufgerichtet, wieder in das Chaos schlangen?
Schick nur Deine weißen Garben, Tanks und
Gas und Generale
Und die goldnen Bankhosen: nicht erwirgt du unsre Seele!
Denn ein Volk hat sich erhoben, Volk, von Euch wie
Blech verachtet,
Volk von Euch zu Millionen in Fabrik und Front geschlachtet,
Volk von Petrograd, geheißt vom November der Geschickte!
Wie des Nachts die Sterne steigen, steigen in mir auf Gesichte.

Denin spricht, der kühle Stürmer: „Auf, es ist die Zeit gekommen!“
Wie ein Held aus alten Zeiten haßt Du, Volk, die Nacht genommen.
Namenlos aus den Fabriken haßt Du namenlos gelitten,
Im Zusammenbruch der Welten Weg zur neuen Welt beschritten.

Einmal seid Ihr schon gezogen, Deutsche, Petrograd zu fallen,
Dieser Henkerzug wird immer Euch als Schmach im Herzen
gellen.
Galgen, Standgericht und Kerker, Blut, wohin Ihr nur
getreten!
Stimmvieh, Schlachtvieh — Eure Seele, Seele will
ich, Ihr Proleten!

Ist Novembersturm in Deutschland sanft wie süßer Wind
im Malen?
Ach, Ihr Knechte, ewig laßt Ihr Euch ins
Menschenantlitz speien!
Laßt Euch treten und erschießen, geht ins
Zuchthaus, viele Tausend —
Und die Fahne weht im Osten hoch und rot und heilig laufend.

Autor dieses pochenden Gedichtes, aus dem das Bekenntnis zum Kommunismus in gewaltiger Kaskade in die Höhe sprudelt, ist Max Barthel.
Er hand loszusagen gerade in der sowjetischen Periode seiner Poesie. Vor dem Kriege leidenschaftlicher Sozial-

demokrat und als Arbeiterdichter weitlich gepriesen, entwickelte er sich nach dem Kriege linker und linker. Eine Reise nach Rußland kurierte ihn. Er kam zurück und hat um Aufnahme im „Vorwärts“-Haus. Man hatte Mitgefühl mit ihm und druckte Woche um Woche ein oft schuldig hingebauenes Gedicht von ihm ab. In den besseren Versen gehörten die folgenden aus dem Jahre 1932:

Ist die Vorkchaft nach den Ländern
Um sie mächtig zu verändern,
Um sie innig zu verbinden,
Dah sich alle Völker finden,
Angefüllt mit Mut und Kraft
Zu der großen Bruderschaft?
Hebt die Hämmer! Laßt sie fallen!
Friede sei den Menschen allen!

Ober: Zum Tod der sozialistischen Frauen:

In lange verkettet
Den dunklen Gewalten,
Nun endlich gerettet
Die Zeit zu gestalten,
Wärstieren die Frauen
Voll Blut und Vertrauen!
Im blühenden Morgen
Sind alle geborgen.

Wo steht unser Max Barthel heute? Er war der erste, der sich von Goebels Propaganda gleich schalten und walten ließ. Als Vorstandsmitglied des Allgemeinen Deutschen Schriftstellerverbandes warf er im amtlichen Auftrag sofort alle seine Kollegen hinaus, die mit dem Kommunismus sympathisierten, sich politisch zur Sozialdemokratie bekannten oder Juden waren.

Nicht genug damit! Das Gefinnungsstümpchen, dessen Gedichte jetzt der Nazipresse zur Zierde gereichen, hat den Mut, seine einstigen Freunde zur „Umkehr“ zu bitten! Es sei doch nicht so schlimm mit ein wenig Schughaft... Es geschähe ihnen nichts... So ruft er diejenigen an, die sich dem „Galgen, Standgericht und Kerker“ mit knapper Mühe und Not entziehen konnten.

„Eure Seele, Seele wi' ich, Ihr Proleten!“

Die Seele Barthels hat sich den Nazis ohne erheblichen Sündenlohn verkauft. Nun soll sie ihnen vi:l Freude machen!

Sozialistisches Flüchtlingslied

Das ist unser Los, Kameraden:
Zerbrochen, vertrieben, zersprengt.
Bleibt wachsam, Kameraden,
Denkt an uns!
An unser Schicksal denkt!

Von Blutdurk gejagt, Kameraden,
So jagten hinter uns her
Die braunen Mordgesellen.
Das Recht lebt
In unserm Land nicht mehr.

Und was wir erkämpft, Kameraden,
Verwüßt ist und zerstört.
Aus Deutschlands Kerkerzellen
Hört den Schrei
Der Qual; die Warnung hört!

Wir stehen bereit, Kameraden,
Denn Glaube stammt aus dem Leid
Wir glauben an die Freiheit.
Das Recht lebt!
Es kommt für uns die Zeit!

Wir haben gelernt, Kameraden!
Und wir sehen tief und weit.
Aus blutgetränktem Boden
Wächst der Kampf,
Die Tat, die uns befreit!

Noch ist unser Los, Kameraden:
Zerbrochen, vertrieben, zersprengt!
Bleibt wachsam, Kameraden,
Denkt an uns!
An unser Schicksal denkt!

Wili R., Amsterdam.

Der Ekel hat ihn vertrieben...

Wacum Filippo Turati Italien verließ

Vor mehr als einem Jahre starb in Paris, im Exil, Filippo Turati, der große italienische Sozialist. Edo Verba-Diberg gibt in einem Aufsatz die tiefere Deutung für seine Flucht aus dem Lande des Faschismus. Sie schreibt über die entscheidende Wende seines Lebens:

Dann kam der Faschismus. Wer kann es je vergessen, mit welchem Abscheu Turati auf diese Schlammslut sah? „Nicht einmal bei den Totentritten gibt es das“, sagte er, als 1923 jene Weihnachtsnachte kam, die die Faschisten freilich und ihre Gegner im Zuchthaus behielt. Und von den faschistischen Journalisten: „Wenn man sie Prostituierte nennt, so beleidigt man die Prostituierten.“ Als Matteotti ermordet wurde, brach es aus ihm hervor, heiß, leidenschaftlich: „Warum er, der jung war, so viel tun konnte? Warum nicht ich, warum nicht ich?“ Und dann rief er sie hinaus, in jener unsterblichen Todesstunde um unsern Genossen, die Anklage gegen die Mörder, die man gehört hat, soweit die menschliche Sprache halt, den Fluch eines ganzen Volkes über ein Regime und den schluchzenden Schmerz der Witwe und der Waisen, der Freunde und Genossen. Auch ihm, auch Turati, trachtete man nach dem Leben. Er wußte es. Nicht darum ist er von Malland fortgegangen. Der Ekel hat ihn vertrieben, hat ihm die Luft der Heimat verleidet. Turati konnte keinen Schritt tun, ohne von Polizisten begleitet zu werden; sie kamen nachts, um zu fragen, ob er im Bett läge, sie lasen seine Briefe, sie durchsuchten seine Freunde. So ging er ins Ausland. Spitzel können viel, aber Freundschaft kann mehr. Es fanden sich Männer, die ihn aus dem dichten Netz der Bewachung hinausführten, über das freie Meer in freie Erde.

Und da ist er und nun gestorben. Unerreichbar für unsere Worte des Dankes. Die große unabgetragene Dankeschuld steht vor uns wie ein Vorwurf. Wir wissen aber, daß der italienische Sozialismus diese Schuld von uns einfordern wird.

Drittes Reich braucht gute Zähne!

„Deutsche, lernt gesund beißen!“

Dr. Schröder, Schriftwart des NSD.-Arztverbandes Groß-Böhm, hat von der Zeitschrift „Schulzahnpflege“, der Zeitschrift des Deutschen Zentralkomitee für Zahnpflege in den Schulen, den Auftrag erhalten, über „Nationalsozialismus und Schulzahnpflege“ zu schreiben.

Eine harte Aufgabe. Aber Befehl ist Befehl. Dr. Schröder zitiert einfach aus Hitlers „Mein Kampf“ und bekräftigt seine Zitate mit einem Bekenntnis zu guten Kinderzähnen im Dienste des Gedankens der Wehrhaftigkeit, etwa so:

Es ist jedem Soldaten bekannt, daß schon in früheren Zeiten bei der Musterung zum Militärdienst die Beschaffenheit der Zähne von Bedeutung war. Es ist kein Zufall, wenn in der Nachkriegszeit bei der scharfen Auslese jemand vom Heeresdienst abgelehnt wurde, dessen Gebiß lüden oder gefüllte Zähne anwies. Die gute Beschaffenheit des Gebisses war also Vorbedingung für eine einwandfreie Gesundheit, und in der Tat ist nichts wichtiger als die Erhaltung guter Zähne und eines vollständigen Gebisses.

Wie aber kann diese Forderung erfüllt werden? Dr. Schröder sagt es uns:

Voraussetzung hierfür ist natürlich die Möglichkeit einer planmäßigen Sanierung des Gebisses, die allein die Forderung Hitlers erfüllt.

Die Novemberverbrecher sind schuld daran, daß bisher so viele Leute mit faulen Backzähnen umherliefen. Nun wird es endlich besser. Hitler nickt in jedem Gebiß und saniert es! Er hat es gewollt, er hat es erreicht! Heil!

Der neue Schutzheilige . . . für Bank- und Börsenfürsten

Berlin, 20. Juni. (Eig. Meldung). Vor Eröffnung der heutigen Präsidentskammer der Berliner Börse wurde in einem feierlichen Akt die Entbaltung eines Bildes des Reichspräsidenten v. Hindenburg sowie eines Bildes des Reichskanzlers Adolf Hitler vorgenommen. Vor der Entbaltung hielt der Präsident des Berliner Börsenverbandes Dr. Hamel eine Ansprache, in der er betonte, daß auch der Börsenverband die ehrenvolle Aufgabe habe, im Sinne des Grundgedankens — Gemeinnutz geht vor Eigennutz — zu arbeiten.

(Also Hitler, des Brechers der Finanznechtschaft, Bild kommt jetzt ausgerechnet in die Börse — und die Börse erklärt, sie will nicht mehr für den privaten Profit, sondern für die „Allgemeinheit“ schwitzen.)

„Geschäftswelt pessimistischer . . .“

Ein Sturmführer schreibt an seinen Freund

Uns liegt der Originalbrief eines rheinischen Sturmführers an einen nationalsozialistischen Freund im Saargebiet vor. Der Brief ist mit Namen gezeichnet. Wir haben uns durch Rückfrage im Wohnort des Hitlerführers erkundigt, ob Name und Adresse stimmen. Die Echtheit des Briefes ist erwiesen. Die entscheidenden Stellen lauten:

Im Allgemeinen sehr ich nicht mehr so zuversichtlich in die Zukunft. Es ist bedauerlich, daß die Geschäftswelt pessimistischer wird, obwohl sie es eigentlich gar nicht nötig hätte. Natürlich muß man auch den Glauben festhalten, daß es nun für uns nationale Menschen und für ganz Deutschland besser werden muß. Es scheint aber doch, als ob viele, die uns gewählt haben, diesen Glauben jetzt schon verlieren.

Auch in unseren Reihen gibt es jetzt Ueberflüge, die zweifelnd fragen, ob das denn gut gehen wird.

Ich möchte ferner annehmen, daß der leidige Streit in der nationalen Front doch noch stärker in die Öffentlichkeit treten wird. Jeden Tag wird von der einen Seite auf die andere geschimpft. Ich glaube nicht, daß man die Deutschnationalen so einfach unterbuttern kann. Man muß die Verschärfung in der nationalen Front sehr bedenken, denn dadurch gewinnen die Marxisten wieder an Boden. Das kann man täglich beobachten, wenn es auch nur langsam geht. Du kannst tatsächlich manchmal hören, daß im Stillen geklagt wird, wenn Steuern gezahlt werden sollen:

„Versucht nochmal, da war es ja unter Ebert noch besser!“

Die Marxisten wählen offenbar auch in den Gewerkschaften. Gestern nahm ich an einer Gewerkschaftsversammlung teil. Da haben die Gewerkschaftsmitglieder den RSD. Leiter allerhand gestraft. Angenehm war keine Situation nicht. Ich bin ja in solchen Dingen nicht weiter beschlagen, aber ich merkte doch, daß es Bosheitsfragen waren, die man sicher vor der Versammlung in geschlossenem Kreise angeht und verteilt hatte. Es ist auch nicht zu leugnen, daß sich in der SA viele ehemalige Kommunisten befinden. Das zeigte sich auch in der erwähnten Gewerkschaftsversammlung, wo manche SA-Leute den oppositionellen Debatte-redneern zustimmten.

Es gibt aber auch SA-Leute, die wieder zum „Stahlschelm“ gehen,

und das sind meistens verpackte Mittelhändler, die oder deren Eltern Angst bekommen vor dem deutschen Sozialismus. Denen genügt die nationale Revolution und die Ausschaltung der Juden, aber von der sozialistischen Revolution wollen sie nichts wissen. Also, wie gesagt, ich will meinen Optimismus behalten, aber ich sehe doch sehr große Schwierigkeiten in der nationalen Front.

Sehr gemein arbeiten gewisse Sender im Auslande.

Der Straßburger ist am Schlimmsten, neuerdings auch der Luxemburger. Es ist nur gut, daß der Straßburger bei uns im Rheinlande so schlecht gehört wird. Meistens miserabel. Ich befürchte, daß die Juden und die Marxisten auch noch auf andere Auslandsender einwirken, um das deutsche Volk müde zu machen. Du wirst fragen, wie ich da optimistisch sein kann, nun weil ich eben glaube, daß Hitler die Dinge schon in Ordnung bringen wird, aber es muß bald etwas Durchgreifendes geschehen . . .

Angestellte sind in ihren Berufen untergenommen. Sonst aber ist das Bild wie überall in der ganzen Welt, wo die kapitalistische Krise wütet; am schlimmsten dran sind ältere Arbeiter und vor allem Intellektuelle, die selbst bei einiger Sprachkenntnis mit ihren Kenntnissen nicht allzu viel anfangen können. So werden Juristen und Ärzte im französischen Dienst nicht oder nur noch schwierigen Vorkursen zugelassen; an Literaten aller Art herrscht ein Ueberfluß, der nur den Wenigsten und den Anpassungsfähigsten geringe Aussicht läßt.

So ist das Los der Emigranten in Paris keineswegs beneidenswert, und der leidenschaftliche Ruf nach Arbeit bleibt zumeist ungehört. Was aber soll die Zukunft bringen?

Vermählungen um Selbsthilfe

Bei dem großen Umfang der Emigration wächst der Kreis derer, die sich auf eine längere Wartezeit einrichten müssen; aber auch diejenigen werden immer zahlreicher, die Bedürfnisse haben, die bei zweckmäßiger Arbeitsstellung ohne Anonymität des Marktes, nur durch gegenseitige Hilfe befriedigt werden können. So gewinnen in letzter Zeit Versuche an Ausmaß, arbeitslose Emigranten zu Kollektiven zusammenzufassen, die — ähnlich wie es in Berlin mit Erfolg durchgeführt wurde — für den Bedarf der eigenen Mitglieder tätig sind. Zunächst fehlt es dafür, solche Experimente auf sozialistischer Basis aufzubauen, noch an geeigneten Unterkünften und an den notwendigen Mitteln. Doch darf man hoffen, daß der Gedanke noch Freunde gewinnt und zu Erprobungen führt, ehe im Herbst die Saisonarbeitslosigkeit wieder einsetzt.

Selbst im Falle des Wollens bleiben aber auch solche Versuche nur Behelfsmittel. Die Kollage der bereits in Paris vorhandenen Emigranten und die Knappheit an Unterhaltungsgebern zwingt leider dazu, von jeder vermeidbaren Zuwanderung abzuraten. Aber die, die hier eine Heimkehr fanden und noch finden, wissen sich eins mit den Genossen in Deutschland und denen der Internationale, daß alles getan werden muß, um für den Kampf gegen das kapitalistische System gerüstet zu sein. Dem soll auch eine sozialistische politische Arbeitsschule dienen, die soeben in der Bildung bearbeitet ist. So kann man hoffen, daß das Exil, dessen Bitterkeit allen eine schwere Prüfung ist, die die Heimat leben, neue Kräfte gegen die Internationale der Reaktion wachrufen wird.

Und dann wird die Emigration nicht zwecklos gewesen sein!

Leipart und Graßmann

Zwei Ehrenmänner grundlos gefangen gehalten Was wird den Gewerkschaftsführern vorgeworfen? Der Reichskanzler persönlich ist für die Schufferel der Ley und Konsorten verantwortlich / Es muß ihnen heimgezahlt werden

Vom 1. Mai bis Mitte Juni waren die beiden Vorsitzenden der Freien Gewerkschaften Theodor Leipart und Peter Graßmann im Gefängnis. Nichts kennzeichnet das Verbrechen der Nationalsozialisten besser, als die Behandlung Leiparts und Graßmanns. Es ist eine unheimliche Grausamkeit, zwei 66 und 62 Jahre alte Männer völlig grundlos ins Gefängnis zu sperren, ihre ohnedies durch Krankheit und Alter geschwächte Gesundheit dadurch völlig zu untergraben. Bei der Verhaftung sind abtrünnig Leipart und Graßmann von SA-Leuten, die ihre Enkel sein konnten, kommandiert und gequält worden.

Was wird Leipart und Graßmann vorgeworfen? Sie sollen angeblich „Untreue“ begangen haben.

Dieser Vorwurf wird erhoben, weil Gelder der Gewerkschaften auf Befehl der verantwortlichen Instanzen für die Propaganda zur Wahl des Reichspräsidenten und zur Reichstagswahl verausgabt worden sind. Selbst nach strengsten juristischen Begriffen liegt in diesen Tatsachen keinerlei Untreue, die einen strafbaren Tatbestand schafft. Nicht ein Pfennig von diesen Geldern ist von Leipart oder Graßmann zur persönlichen Bereicherung verwandt worden.

Aber auch politisch und moralisch ist ihr Verhalten völlig einwandfrei.

Sie haben die Befehle angeführt, die die Instanzen der Gewerkschaften für notwendig und zweckmäßig ansahen, um die sozialen und politischen Interessen der Gewerkschaftsmitglieder zu wahren. Alle Gewerkschaften haben in den letzten Jahrzehnten für die Förderung ihrer allgemeinen politischen Ziele Gelder ausgegeben. Niemals ist ihnen daraus ein Vorwurf gemacht worden. In besonders hohem Maße geschah die Vergabe von Geldern für politische Zwecke von den Organisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, die sich jetzt freiwillig gleichgeschaltet haben. So z. B. bei dem Deutschen Beamtenbund und dem

Deutschnationalen Handlungsgehilfenverband. Gegen sie wird trotzdem der Vorwurf der Untreue nicht erhoben. Also doch ein Teil dieser Gelder in die Kassen der Nationalsozialistischen Partei.

Aber nicht nur die Organisationen der Arbeitnehmer haben für politische Zwecke Gelder verausgabt. In noch reichlicherer Maße taten das die Organisationen der Unternehmer. Die bürgerlichen Parteien lebten von den Millionen, die auf diese Weise in ihre Kassen flossen.

Zahlreiche bürgerliche Abgeordnete erhielten persönliche Subventionen. Nicht mit einem Wort haben die Nazis hiergegen etwas eingewendet. Mühdete doch auch diese Quelle zu einem erheblichen Teil in die unergründlichen Tiefen der Hitler-Bewegung.

Warum also die Insamierung von Leipart und Graßmann?

Nicht um für Reinlichkeit zu sorgen, nicht um die Interessen der Gewerkschaftsmitglieder zu schützen, sondern aus Haß und Rache, weil die freien Gewerkschaften Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie den Kampf gegen Hitlers Despotismus geführt haben. Man mag den Optimismus für falsch halten, den Leipart und Graßmann hatten, als sie glaubten, der Machtwille der Nazis werde vor den Berufsorganisationen der Arbeiterklasse Halt machen. Die persönliche Ehrenhaftigkeit und der lautere Charakter dieser beiden um den Aufstieg der deutschen Arbeiterklasse verdienten Männer wird nicht in Zweifel gezogen werden können. An diesen Tatsachen erweist man die grenzenlose Unerschämtheit eines Ley, der gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zumutet, sich mit den Kerkmelstern von Leipart und Graßmann an einen Tisch zu setzen!

Nicht nur dieser Alkoholiker Ley, auch sein Ober Hitler ist für die Schandtat persönlich verantwortlich zu machen. Nichts vergessen! Nichts verzeihen! Das Volksurteil vorbereiten!

ER sorgt für die Kapitalisten

Arbeitsbeschaffung / ein Schwindel / Lohnraub für Arbeiter / Subvention für Unternehmer / Das ist Hitlers Programm

„Generalangriff“

„Hitlers Generalangriff auf das Grundübel unserer Wirtschaftskrise“ nannte der „Völkische Beobachter“ das Gesetz zur Vermeidung der Arbeitslosigkeit. Aber dieses Gesetz ist nichts anderes als ein großer Bluff. Wehret man die wirtschaftlichen Verordnungen der deutschen Reichsregierung von ihrem propagandistischen Wert, bleibt nämlich nichts übrig als eine verfehlte Lohnsenkung und eine reichhaltige Subvention für die Unternehmer. Die „Arbeitsbeschaffungsgesetze“, die der Hauptpunkt der Hitlerschen Aktion sind, sollen von zwei Seiten her der Wirtschaftsanfurbelung dienen. Erstens sollen mit ihrer Hilfe Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten an privaten und öffentlichen Gebäuden vorgenommen werden. In diesem Punkt ist Hitlers „Generalangriff“ nichts anderes als eine Fortsetzung von Maßnahmen, die bereits unter Brüning, Papen und Schleicher eingeleitet haben und die nie imstande waren, den Arbeitsmarkt ernstlich zu entlasten. Ihre Bedeutung ist nämlich äußerst gering und kommt für die Industriebeschäftigung kaum in Betracht. Die deutsche Regierung verspricht sich auch selbst mehr von den durch die Arbeitsbeschaffungsgesetze zu leistenden Tiefbauarbeiten. Sie hofft, daß es ihr gelingen könnte, auf diese Weise etwa 400.000 Menschen wieder in Arbeit zu bringen. Verschwiegen wird allerdings, daß ein erheblicher Teil dieser Bauarbeiter auch ohne die Regierungsaktion, durch die natürliche Saisonentwicklung des Arbeitsmarktes, Beschäftigung erhält. Entscheidender ist aber: die Tiefbauarbeiter, die neu eingestellt werden, erhalten einen Lohn, der nur knapp die Hälfte des regulären, durch kollektive Regelungen vereinbarten Lohnes beträgt. Außerdem wird für sie ein Arbeits- oder Dienstrecht nicht begründet.“ Die Folge ist: die zusätzliche Einstellung der Tiefbauarbeiter erfolgt zu einem Satz, der nur knapp über dem Betrag der Arbeitslosenunterstützung liegt. Ihre Lage bessert sich demnach nicht wesentlich, weil der Mehrverdienst an Arbeitslosigkeit, Jahrgeld zur Arbeitsstätte usw. den kleinen Zuschlag mehr als aufzehrt. Die Bauarbeiter aber, die ohne die Aktion Hitlers zu regulären Löhnen Beschäftigung gefunden hätten, bekommen nicht mehr den Tariflohn, sondern nur ihre Arbeitslosenunterstützung plus einem minimalen Zuschlag. Für sie wirkt sich Hitlers „Generalangriff“ gegen die Arbeitslosigkeit als ein brutaler Generalangriff auf die Lebenshaltung aus. Die Tiefbauarbeiter, von denen man sich soviel verspricht, werden also unter keinen Umständen eine Besserung der Lage der Erwerbslosen geschweige denn eine ins Gewicht fallende Steigerung der Kaufkraft herbeiführen! In früheren Jahren erlangten die Bauarbeiter, die im Frühjahr und im Sommer Beschäftigung erhielten, Anspruch auf die Arbeitslosenversicherung.

Das Dritte Reich hat mit seiner Erklärung, die Reueinstellung begründe kein Dienstverhältnis, zuwege gebracht, den Bauarbeitern jeden zukünftigen Anspruch auf Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung zu nehmen!

Reisehock gegen Deutschland

Der Sekretär der Kopenhagener Sektion des großen dänischen Arbeiterbildungsverbandes, J. B. Kolbjörn, teilt im „Socialdemokraten“ mit, daß die für dieses Jahr vorgesehenen Ferienreisen zum erstenmal Deutschland nicht berühren werden. Die Gaststätten, die die dänischen Arbeiter bisher auf ihren Reisen benötigten, sind von den Nazis besetzt worden. Führer, die die dänischen Arbeiter durch Galesien und Museen führten, sind in Schubhaft. Die nach vielen Hunderten zählenden Reisevereine des dänischen Arbeiterbildungsverbandes werden daher künftig statt nach

Geschenk über Geschenk für Privatkapital

Herr Hitler wäre nicht, was er ist, wenn er diesem Sozialraub nicht noch eine großzügige Subvention für die Privatkapitalisten hinzusetzte. Er macht das in Form der Steuerfreiheit für Erbschaftssteuerungen, die ein Geschenk von vielen Duzend Millionen an die Schwerindustrie darstellt. Die deutsche Schwerindustrie hat seit einigen Wochen all ihre Bestellungen von Ersatzteilen und neuen Maschinen veräußert. Das wurde in Wirtschaftsorganen des Ruhrgebietes mit „entsprechenden Plänen der Reichsregierung“ motiviert. Und richtig — die Herrn von Rheinland-Westfalen, die Kohlen- und Eisenbarone, waren über die Absichten Hitlers sehr gut informiert. Jetzt gehen sie nämlich die Erbschaftssteueranträge an die Maschinenindustrie, die in dem laufenden Jahr an sich fällig waren. Die Ausgaben dafür werden ihnen bei der Steuerberechnung auf das Einkommen voll angerechnet! Kein einziger Maschinenbauer, kein einziger Metallarbeiter, kein einziger Elektrotechniker wird durch diese Aktion der Reichsregierung zusätzlich Beschäftigung erhalten, nur die Schwerindustrie wird die Millionen einstreifen, die ihr der „Arbeiterführer“ Hitler zuschanzt.

Und wie steht es mit der Steueramnestie, die das Dritte Reich in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt hat? Soweit sie der Reueinstellung von Arbeitnehmern dienen soll, ist sie ebenfalls nur Bluff! Sie ist nur real, soweit ihr Zweck ist, auf bequeme Art die vielen Anzeigen abzuwürgen, die gegen nationalsozialistische Kapitalisten wegen Steuerhinterziehung eingelaufen sind.

Das frante Heim

Schließlich soll Hitlers „Generalangriff“ den weiblichen Arbeitsmarkt entlasten. Das will er vor allem durch die Herausnahme der Hausgehilfen aus der Sozialversicherung erreichen. Damit erfüllen die Nationalsozialisten zwar eine Forderung, die seit Jahren von den Frauenverbänden der Deutschnationalen erhoben wurde, eine Mehrbeschäftigung von Hausangehörigen wird aber keinesfalls erreicht werden. Denn die furchtbare Erwerbslosigkeit in diesem Berufszweig ist nicht durch die „Sozialisten“, sondern durch die Tatsache begründet, daß der deutsche Mittelstand infolge der Maßnahmen der Großkapitalisten zugrunde gerichtet wurde. Und wie steht es mit den „Eheubventionen“, die das Dritte Reich unter gewissen Voraussetzungen den weiblichen Arbeitnehmern gewähren will, die aus ihrem Beruf ausscheiden und heiraten? In Deutschland nehmen die Beschäftigten nicht ab, weil kein Geld für den Ankauf von Möbeln da ist, sondern weil dank der nationalsozialistisch-schwerindustriellen Politik das Lohnniveau so niedrig ist, daß sich der Proletarier immer weniger leisten kann, seine Frau nur Hausfrau sein zu lassen, wenn irgendeine Beschäftigungsaussicht vorhanden ist.

Hitlers Gesetze zur Milderung und Beseitigung der Arbeitslosigkeit sind also nichts anderes als ein Stück des propagandistischen Feldzugs zur Vernebelung der Gehirne. Sie werden die Lage der Erwerbslosen nicht bessern und werden nur den Kapitalisten nützen.

Deutschland nach anderen nordischen Ländern und nach Großbritannien reisen.

Die Gefährlichen

Aus Witten wird berichtet: An einem der letzten Abende sollte eine Versammlung des Deutschnationalen Kampfrings stattfinden. Nachdem festgestellt worden war, daß ein großer Teil der Erwichenen ehemalige Kommunisten und Reichsbannermitglieder waren, löste die SA die Versammlung auf.

Kalte Dusche aus Genf

Deutschland verliert eine Position nach der anderen

Es gibt viele Millionen nationale Minderheiten in fast allen Ländern Europas, die in einem dauernden Kampfe um ihre politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Interessen gegen die Mehrheit ihrer jeweiligen Nation stehen. Bisher galt in Genf Deutschland als der berufene Sprecher dieser Minderheiten. Schon deshalb, weil es in Europa rund 20 Millionen Deutsche außerhalb der Reichsgrenzen gibt. Wie es jetzt mit dem Ansehen Deutschlands in der Minderheitenpolitik steht, sagt sehr deutlich eine Zuschrift in der „Neuen Züricher Zeitung“:

Braucht man noch zu sagen, daß jede nichtdeutsche Minderheitenfrage in dem Augenblick heillos kompromittiert sein muß, wo ein nationalsozialistisches Deutschland als ihr Anwalt auftritt? Ob das Judenproblem in Deutschland im staatsrechtlichen Sinne eine Minderheitenfrage ist oder nicht, erscheint in diesem Zusammenhang als unwesentlich. Wesentlich bleibt es eine Minderheitenfrage; die deutsche Regierung hat dabei einen Standpunkt eingenommen, der es ihr verbietet, weiter als Schlichter der Minderheiten aufzutreten. Die Stellungnahme gegen die 600 000 Staatsbürger jüdischen Glaubens, deren sich die deutsche Regierung rühmt, kann doch nicht anders ausgelegt werden, als daß sich Deutschland von seiner bisherigen Einstellung zum Minderheitenproblem löst. Wenn es „Deutschland den Deutschen“, heißt, dann hat Berlin wohl kein moralisches Recht, sich dagegen anzulehnen, wenn in Warschau die Parole „Polen den Polen“, in Algä „Vettland den Vettien“ ausgedrückt wird. Deutschland muß den andern Staaten das gleiche zubilligen, was es für sich selbst ein Anspruch nimmt.

Dabei ist zu beachten, daß die „Neue Züricher Zeitung“ der jetzigen deutschen Reichsregierung noch verhältnismäßig wohlwollend gegenübersteht.

„Es entschlüpft uns kein Einziger...“

In dem pfälzischen Naziblatt (18. 6.) liest man die folgende Notiz aus Birkenfeld:

Nach der Säuberung unter den Arbeitern der Bauämter ergänzt der Antrag unserer Fraktion weiterhin, daß die am hiesigen Elektrizitätswerk bisher beschäftigten, wohlbekannten marxistischen Agitatoren Brexler und Buchs ebenfalls zur Entlassung kommen. Aus dem gleichen Grunde soll auch der am Werk Diebermühle arbeitende Schire zur Entlassung kommen. Am gleichen Werk tritt wegen Erreichung der Altersgrenze der Arbeiter Hauner in den wohlverdienten Ruhestand. Vom Wasserwerk in Rodalben muß der Arbeiter Otterheimer scheiden, da seine nationale und dienstliche Zuverlässigkeit stark anzuzweifeln ist. In den letzten Tagen schwollen die Zahlen der „Entlassenen“ schon über die Zahl der in der Stadtverwaltung Beschäftigten an. Die Einwohnerschaft kann versichert sein, daß die Spreu hinausgefegt wird. Es entschlüpft uns kein einziger, der einst all-

Aus der Reichshauptstadt

Was sich nicht gleichschalten läßt

Berlin, Mitte Juni.

Das System der Hitlerdespotie verfährt in der Stimmungsmache nach einem Terminkalender, auf dem genau verzeichnet steht, wann wieder einmal allgemeine Beschlagnahme befohlen werden kann. Die nationalen Feiertage wehren sich. Nächstens wird am Geburtstag jedes Naziministers oder Statthalters gefeiert werden, und wenn das so weiter geht, muß das Propagandaministerium auf seinem Terminkalender nur die Tage anzustreichen, an denen nicht Beschlagnahme befohlen wird. Nächstens werden auch noch die Hunde mit Halbkreuzhalsbändern und schwarzweißen Schwänzen umherlaufen.

Unter der befohlenen Beschlagnahme geht der Terror weiter.

Der totale Staat, der nur eine Partei kennt, soll durchgeführt werden, und selbst das Zentrum weiß nicht, ob es überhaupt als Partei noch geduldet wird. Es sind an Besprechungen zwischen Brüning und Hitler Diskussionen geknüpft worden, daß dadurch der Terror sich mäßigen würde, aber diese Besprechungen haben zu keinerlei positivem Resultat geführt — ganz im Gegenteil! Das Zentrum wird jetzt mit dem ausdrücklichen Verbot der Partei bedroht als Repressalie gegen das christlich-soziale Vorgehen gegen die Nazis in Oesterreich. Es kann dann Brüning geschehen, daß er in der gleichen Stunde, in der er eine Unterredung mit Hitler haben soll, von nationalsozialistischen Ministern oder von der Polizei des Herrn Goering verhaftet wird und das Schicksal Leiperts erleidet. Das Regime denkt nicht an Milderung des Terrors — es wird ihn vielmehr verstärken, wenn es Schwierigkeiten verspürt.

Der Terror hat zur politischen Nichtstophuhr geführt,

die nur durch großmäulige Reden von Nazigrößen und durch die unglaublichen Dolpatzigkeiten der Regierung auf außenpolitischem Gebiet unterbrochen wird. Aber diese Nichtstophuhr bedeutet nicht, daß sich nicht Widerstand regte. Die Mitglieder der Gewerkschaften sind alles andere als gleichgeschaltet! Zum Entsetzen des Regimes zeigen sie ihre wahre Gesinnung. Abgesetzte Gewerkschaftsführer werden in den von den Kommissionen veranstalteten Versammlungen mit stürmischen Beifall begrüßt. In einer großen Versammlung des Zentralverbandes der Angestellten in Hamburg trug der Nazifunktionär das Korruptionsgeschrei vor. Als er gegen die Gewerkschaftsführer tobte, weil sie der sozialdemokratischen Partei

zusehr die rote Krawatte herausschlangte, selbst wenn er bei der Revolution noch die Kurve zum nationalsozialistischen Feld erreichte. Wir pfeifen ihn zurück.

Eine nützliche Aktion für alle, die sich über eine „Auflockerung“ des Naziregiments Illusionen machen.

„Geschnappt“

Das ist ein fröhliches Jagen...

In dem gleichen Blatt und in der gleichen Ausgabe liest man:

„Es war schon lange bekannt, daß von hier aus immer noch Fäden zu der kommunistischen Zentrale im Saar-

Geld gegeben hätten, rief die ganze Versammlung stürmisch: „Sie haben noch viel zu wenig gegeben!“

Die Versammlung wurde polizeilich aufgelöst. Im Metallarbeiterverband Brandenburg a. d. Havel konnte der abgesetzte Gewerkschaftsführer vor 1000 Mitgliedern eine Stunde lang sprechen, während die Versammlung den Kammerherrn nicht reden ließ. Die Opposition gegen die NSDAP ist überall stark im Wachsen. Eine katastrophale Flucht der Mitglieder aus den Gewerkschaften hat eingeleitet. Aus dem Gesamtverband sind bereits etwa 300 000 Mitglieder ausgeschieden. Im Holzarbeiterverband liegen die Dinge ähnlich — hier hat das Vorgehen gegen den überaus populären Verbandsvorsitzenden Tarnow größte Erbitterung hervorgerufen.

Es gelingt dem System aber nicht, die Arbeiterschaft gleichzuschalten.

Eine verbissene Stimmung zeigt sich. Die Leute auf den Berliner Messen sind kaum gemordet, selbst der gesunde politische Natterwitz wird nicht mehr laut — eine Folge des Terrors, aber auch ein Zeichen innerer Ablehnung und Auflehnung.

Die Zahl der Zeitungsläser in Berlin ist außerordentlich stark zurückgegangen.

Das Verbot der sozialdemokratischen und kommunistischen Presse hat einen großen Teil der Bevölkerung seiner Zeitungen beraubt — aber diese Leser denken nicht daran, eine der gleichgeschalteten Zeitungen zu lesen. Sie sind vollständig ausgesallen. Und nicht nur sie! Auch die Leser früher linksgerichteter Zeitungen, vor allem der Mosk-Presse, haben ihren bisherigen Zeitungen empor den Rücken gekehrt. Jeder Versuch des Systems, diese Leser einzufangen für die Nazipresse, ist ergebnislos geblieben. Vor den ersten Tagen des Systems hat sich die Auflage des „Angriff“ und des „Völkischen Beobachters“ verdreifacht. Aber der Keiz der Neuheit ist vorbei, unaußhaltbar geht die Auflage der beiden Blätter zurück. Mit einer Abonnentenwerbung mit geradezu terroristischen Mitteln soll dieser Verlust ausgeglichen werden — aber alle diese Versuche sind vergebens. Ein Versuch des Regimes, die kommunistische „Welt am Abend“ als Zuckerpfeife herauszubringen, hat bereits zu einem völligen Fiasko geführt.

Das sind nächtliche Tatsachen, die ganz anders sprechen als der Fahren- und Propagandarausch des Regimes!

gebiet liefen. Am Donnerstag gelang es nun der Polizei in Zweibrücken, den hiesigen, bekannten Kommunisten Ernst Hirschelmann festzunehmen. Er trieb sich in verdächtiger Weise an der Reichsgrenze herum. Inzwischen ergaben sich auch Anhaltspunkte, daß er mit den ins Saargebiet geschlüpften Kommunisten in Verbindung steht und Nachrichten leitete. Er sah bereits schon einmal vier Wochen in Schutzhaft und mußte sich täglich bei der Polizei melden. Offensichtlich wußte er die ihm zuteil gewordene milde Behandlung nicht zu würdigen. Dieses Mal wird es länger dauern, bis er wieder die Freiheit sieht. Er wurde bereits hier eingeliefert.

Verantwortlich: für die Redaktion Joh. Vög; Inserate Hubert Jüttner, beide in Saarbrücken. Druck und Verlag: „Völkische Stimme“ G. m. b. H., Saarbrücken, Schützenstraße 3.

Reserviert

Reserviert

Reserviert